



BUKO-Seminar

# Globalisierung und Globalisierungskritik

Umkämpfte Projekte

10. – 12.12.2004

Aachen

Reader

ReferentInnen:

Friederike Habermann (BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft)

Aram Ziai (BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft)

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) veranstaltet regelmäßig Seminare zu zentralen Themen der internationalistischen Linken von A wie Antisemitismus über G wie Globalisierung bis hin zu Z wie Zentralamerika.

Weitere Informationen zum aktuellen Seminarprogramm finden sich auf der Homepage oder in der BUKO-Geschäftsstelle.

---

Kontakt zur BUKO:

BUKO-Geschäftsstelle

Nernstweg 30-32

22765 Hamburg

Tel.: 040 - 39 31 56

Fax: 040 - 28 05 51 22

E-Mail: [mail@buko.info](mailto:mail@buko.info), [www.buko.info](http://www.buko.info)

# READER ZUM BUKO-SEMINAR: GLOBALISIERUNG UND GLOBALISIERUNGSKRITIK – UMKÄMPFTE PROJEKTE

---

## Textübersicht

- Was heißt „Globalisierung“?  
*Joachim Hirsch*..... 1
- Von Heroen-Sagen zu Alltagsfragen - Die globalisierungskritische Bewegung  
braucht antipatriarchale Perspektiven  
*Ariane Brensell*..... 8
- Falsche Freunde - Die extreme Rechte dockt bei der Antiglobalisierungsbewegung an  
*Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB)* ..... 13
- Peoples Global Action: Für viele Welten! - in pink und silber und bunt  
*Friederike Habermann*..... 16
- Zwei Seelen in einer Brust - Streitgespräch zwischen  
*Attac Deutschland und dem BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft*..... 24



# Was heißt „Globalisierung“?

*Von Joachim Hirsch*

## 1. Zwischen Begriff und Fetisch

Der Begriff „Globalisierung“ wird in der öffentlichen Diskussion ebenso inflationär wie schwammig gebraucht. Es geht dabei, wie man schnell feststellen muß, um recht komplexe Zusammenhänge. Dies bedeutet, daß es kaum möglich sein wird, die gesamte Problematik auf knappem Raum auch nur einigermaßen umfassend zu behandeln. Ich will mich deshalb darauf beschränken, einige grundlegende Aspekte aufzuzeigen und wichtige Fragen anzuschneiden. Auf viele Einzelheiten muß ich verzichten, manchmal auch auf ausführliche Begründungen und vor allem auf eine breitere Darlegung des theoretischen Hintergrunds meiner Argumentation (vgl. dazu vor allem Hirsch 1995).

„Globalisierung“ ist in aller Munde, aber gleichzeitig wird darunter höchst Verschiedenes verstanden. Das ist natürlich vom politischen und theoretischen Standpunkt abhängig. Für die einen enthält sie das Versprechen auf eine bessere und friedlichere Welt, für die anderen verbindet sich damit die Vorstellung eines globalen Chaos. In diesem Kapitel werde ich versuchen, einen theoretisch begründeten Begriff von Globalisierung zu entwickeln. Ich hoffe, damit die Grundlagen dafür zu schaffen, in den folgenden Teilen einige wichtige Aspekte dieser Entwicklung genauer behandeln zu können, um am Ende auf die Frage nach den Dimensionen einer demokratischen Politik unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen einzugehen.

Schauen wir erst einmal, was sich im Alltagsbewußtsein mit „Globalisierung“ verbindet. Offenbar recht Unterschiedliches: Internet, Coca-Cola, Satellitenfernsehen, IBM, Freihandel, e-mail; der Sieg der „Demokratie“ über den „Kommunismus“, die Schaffung regionaler Wirtschaftszonen wie im Fall der Europäischen Union oder der Nordamerikanischen Freihandelszone, Hollywoods Soap Operas, Microsoft, weltumspannende Finanzspekulationen, die Klimakatastrophe, vielleicht auch die Vereinten Nationen und die „humanitären“ Militärinterventionen, die in ihrem Namen durchgeführt werden. Dies sind nur wenige Beispiele.

„Globalisierung“ ist also mehr als ein wissenschaftlicher Begriff. Im gewissen Sinne ist er heute eher ein Fetisch. D.h., das Wort wird häufig gebraucht, aber meist nicht genau verstanden, bedeutet oft Gegensätzliches, die Bedeutungen haben aber eines gemeinsam: Es wird so etwas wie eine geheime Macht bezeichnet, die die Welt bewegt, unser aller Leben bestimmt und uns immer stärker beherrscht. Jedenfalls gibt es heute kaum ein gesellschaftliches Problem, keine Katastrophe und keine Krise, die nicht mit „Globalisierung“ in Zusammenhang gebracht würden. Und sie muß ebenso dazu herhalten, den Menschen immer größere materielle Opfer abzuverlangen. Gleichzeitig verbinden sich damit aber auch große Hoffnungen: auf eine geeinte, sichere und friedliche Welt, gar auf die Möglichkeit einer demokratischen „Weltregierung“. Entsprechend groß ist die Konjunktur ideologischer Begriffe im Zusammenhang mit Globalisierung: Man redet von der Welt als einem „globalen Dorf“, von einer „Weltgesellschaft“ oder gar einer „Völkergemeinschaft“.

Dem Glauben an das Heraufziehen einer friedlichen und humanen „Weltgesellschaft“ widersprechen allerdings alle praktischen Erfahrungen: Kriege und Bürgerkriege nehmen zu, die sozialen Spaltungen sowohl innerhalb der einzelnen Gesellschaften als auch auf internationaler Ebene werden größer, Rassismus, Nationalismus und der sogenannte „Fundamentalismus“ scheinen immer gefährlicher zu werden, nicht zu vergessen schließlich die anschwellenden Massenfluchtbewegungen, die immer häufiger an hermetisch geschlossene nationale Grenzen stoßen.

Bei all diesen widersprüchlichen Bedeutungen ist „Globalisierung“ inzwischen zu einem Alltagswort geworden und bestimmt immer mehr die öffentliche Diskussion. Und dies, obwohl die Entdeckung, daß die Erde eine runde Kugel ist, nun doch schon einige Jahrhunderte zurückliegt. Wieso wird also jetzt gerade das Zeitalter der Globalisierung ausgerufen? Augenscheinlich hängt die Konjunktur des Begriffs mit einigen wichtigen neueren Entwicklungen zusammen: dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des von ihr beherrschten Imperiums, dem Ende der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges, der offenkundig durch nichts mehr behinderten Ausbreitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse über die ganze Welt. Und er bezieht sich auf die Tatsache, daß es heute nur noch eine bestimmende Weltmacht, ein militärisches Zentrum gibt, das die Welt beherrscht: die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Deshalb erscheint die Welt mehr als jemals geeint und geschlossen. Es ist kein Zufall, daß ein US-Präsident den zweiten Golfkrieg als Krieg für eine „neue Weltordnung“ proklamiert hat – was im Klartext den Anspruch der USA auf umfassen-

de Kontrolle der Weltgeschehnisse meint. Der Begriff „Globalisierung“ weist in gewissem Sinne also auch auf das Ende des „kurzen“ 20. Jahrhunderts hin, das mit der russischen Revolution 1917 begann und mit dem historischen Systemwechsel 1989 endete.

Daß globale Beziehungen und Abhängigkeiten das Bewußtsein der Menschen bestimmen, ist allerdings nicht neu. Der Ursprung des modernen „globalen“ Denkens hängt ganz wesentlich mit dem Kolonialismus und der damit verbundenen Durchsetzung sowohl des Kapitalismus als auch des Nationalstaats zusammen. Damit veränderte sich die antike und mittelalterliche Vorstellung von einem umfassenden, die „zivilisierte Welt“ umspannenden „Reich“. An deren Stelle trat das Bild einer von einer Gruppe rivalisierender Staaten beherrschten Welt, die versuchen, ihren Einfluß auf die noch „unentdeckten“ Teile des Globus auszudehnen. Auch dies hieß „Globalisierung“, wenn auch dieser Begriff noch nicht gebraucht wurde. Ein bekanntes Sprichwort sagt, daß im Herrschaftsgebiet der spanischen Könige die Sonne nie unterging: Der Globus erschien als Beute der kolonialen Mächte.

Es ist interessant, daß die aktuelle Konjunktur des Begriffs „Globalisierung“ auch damit zusammenhängt, daß das Zeitalter der kolonialen Aufteilung der Welt zu Ende gegangen ist. Es gibt nichts mehr zu „entdecken“ und den beherrschenden Staaten zuzuschlagen, zumindest nicht im geografischen Sinne. Die Metapher vom „Raumschiff Erde“ drückt das neue Bewußtsein von der Begrenztheit der Erde aus: die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen, die Möglichkeit globaler Umweltkatastrophen und nicht zuletzt zunehmende Verteilungskonflikte. Damit rücken die zerstörerischen Wirkungen eben der Produktions- und Lebensweise in den Vordergrund, die gerade erst zur allgemeingültigen bzw. „globalen“ erklärt worden ist. Der Begriff „Globalisierung“ verweist damit auf einen realen Widerspruch: Der „Sieg“ des Kapitalismus trägt die Möglichkeit in sich, zugleich seine gesellschaftlichen und natürlichen Grundlagen zu zerstören.

Mit „Globalisierung“ verbindet sich somit immer eine doppelte und widersprüchliche Bedeutung. Er symbolisiert die Hoffnung auf Fortschritt, Frieden und eine geeinte und bessere Welt, und zugleich verbindet sich mit ihm Abhängigkeit, Fremdbestimmung und Bedrohung. Während vom „globalen Dorf“ geredet wird, nehmen Kriege und Bürgerkriege zu. Deshalb bezieht sich der Begriff „Globalisierung“ immer zugleich auf sein Gegenteil, sei es Regionalisierung und Lokalisierung, die „kleinen Gemeinschaften“, aber die Welle des Rassismus und Nationalismus, die sie begleitet. Wenn man also den Begriff „Globalisierung“ nicht leichtfertig gebrauchen und etwas genauer darüber nachdenken würde, könnte man durchaus einiges über den Zustand der Welt, ihre Entwicklung und die sie bestimmenden Widersprüche erkennen. Im Gewirr der Bedeutungen, Ideologien und Hoffnungen ist es die Aufgabe der Wissenschaft, genauer zu erklären, was unter „Globalisierung“ als gesellschaftlich-politischem Phänomen verstanden werden muß, wo ihre Ursachen liegen und welche Konsequenzen sie langfristig hat. Dies ist nicht ganz einfach, weil es sich um einen recht komplexen Zusammenhang technischer, ökonomischer, politischer und kulturell-ideologischer Faktoren handelt. Genau genommen ist eine wirkliche Begriffsklärung nur im Rahmen einer umfassenderen, Theorie der Gesellschaft und ihrer Entwicklung möglich. Ich beziehe mich hier auf das Konzept einer historisch-materialistischen Kapitalismusanalyse, das in der Marxschen Tradition steht. Meiner Auffassung nach bietet dieser theoretische Rahmen als einziger die Möglichkeit, die Frage nach den Ursachen und der Bedeutung von „Globalisierung“ zureichend zu beantworten.

## II. Was ist unter „Globalisierung“ zu verstehen und welches sind Ihre Dimensionen?

Wenn von „Globalisierung“ gesprochen wird, können analytisch mehrere Bedeutungsebenen unterschieden werden

- (1) *Technisch* verbindet sich damit vor allem die Durchsetzung neuartiger Technologien, insbesondere die revolutionären Veränderungen, die mit den fortgeschrittenen Informationsverarbeitungs- und -übertragungsmöglichkeiten verbunden sind. Sie gestatten es, weit auseinanderliegende Teile der Welt direkt und schnell „online“ zu verbinden. Diese Entwicklung liegt der Vorstellung vom „globalen Dorf“, vor allem zugrunde.
- (2) *Politisch* wird von Globalisierung vor allem im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Spaltung der Welt in zwei feindliche Blöcke gesprochen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gilt der historische Sieg des liberalen Demokratiemodells als endgültig. Die USA sind zur weltweit uneingeschränkt dominierenden Militärmacht geworden. Darauf gründet sich eine neue Rolle der Vereinten Nationen, von denen erwartet wird, sie könnten eines Tages die Rolle einer allgemeinen »Weltregierung« übernehmen.

- (3) *Ideologisch-kulturell* kann man unter Globalisierung die Universalisierung bestimmter Wertmuster verstehen, z.B. die allgemeine Anerkennung liberaldemokratischer Prinzipien und grundlegender Menschenrechte, aber auch die Verallgemeinerung des kapitalistischen Konsummodells. Diese Entwicklung verbindet sich sehr stark mit der Entstehung weltumspannender Medienmonopole.
- (4) *Ökonomisch* bezieht sich der Begriff zunächst auf die Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs-, Geld- und Kapitalverkehrs, die Internationalisierung der Produktion und die immer beherrschender werdende Stellung multinationaler Unternehmungen. Wichtig ist dabei allerdings, daß das Kapital zwar weitgehend grenzenlos geworden ist, nicht aber seine Arbeitskräfte, die Menschen. Sie bleiben in nationalstaatliche Grenzen eingebunden, sofern sie nicht zur Wanderung und zur Flucht gezwungen werden. Ich werde auf diese Eigentümlichkeit des herrschenden Globalisierungsprozesses später noch zurückkommen. jedenfalls läßt sich aber heute zum ersten Mal in der Geschichte von einem die gesamte Welt umspannenden kapitalistischen Markt sprechen. Der Kapitalismus ist weltweit beherrschend und universell geworden.

### III. Was ist neu an der aktuellen Globalisierung und was sind Ihre Ursachen?

Diese Entwicklungen sind ganz offensichtlich. Trotzdem bleibt die Frage, ob es sich dabei um etwas wirklich Neues handelt. Des öfteren wird die Meinung vertreten, „Globalisierung“ sei nichts anders als die ideologische Waffe, mit der Unternehmer und neoliberale Regierungen ihre Interessen durchzusetzen versuchen. Die Frage ist also, ob wir es tatsächlich mit einer historisch veränderten Qualität des Kapitalismus zu tun haben oder ob nur die Tendenzen weiterwirken, die seine Entwicklung immer schon bestimmt haben. Immerhin ist daran zu erinnern, daß der Kapitalismus seit seiner Entstehung ein „globales“ System ist: Wie gesagt, waren schon seine Anfänge eng mit dem Kolonialismus verbunden, und seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehört der Imperialismus zu seinen entscheidenden Strukturmerkmalen. Ist „Globalisierung“ also mehr als ein ideologisches Schlagwort und ein Modebegriff, nämlich eine historisch-analytische Kategorie?

Will man diese Frage klären, so muß nach den *Ursachen* der aktuellen Entwicklung gesucht werden. Und es ist leicht nachzuweisen, daß technologische, politische und kulturelle Erklärungen dafür nicht ausreichend sind. Meine These ist, daß es sich bei der Globalisierung im Kern um einen *ökonomischen Vorgang* handelt. Die Frage ist also, ob und in welcher Weise wir es mit einer *historischen Strukturveränderung des Kapitalismus* zu tun haben, die dieser Gesellschaftsform ein ganz neues Gesicht und eine ganz neue Bedeutung verleiht.

Dazu ist es notwendig, einen Blick auf die Entwicklung des Kapitalismus in diesem Jahrhundert zu werfen. Diese kann als eine Abfolge struktureller Krisen verstanden werden. Am Beginn steht die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, der im Zusammenhang mit der russischen Oktoberrevolution eine Serie revolutionärer Bewegungen vorausgegangen waren. Die Lösung dieser Krise bestand in der Durchsetzung einer Akkumulations- und Regulationsweise des Kapitalismus, die sich von der vorhergehenden grundsätzlich unterschied: des *Fordismus*. Der Fordismus schuf mit der Durchsetzung tayloristischer, Massenproduktion und des Massenkonsums die Bedingungen für eine strukturelle Verbesserung der Profitabilität des Kapitals im Weltmaßstab. Dies wiederum hatte tiefgreifende soziale Umwälzungen und politische Kräfteverschiebungen zur Voraussetzung, vor allem die gescheiterte sozialistische Revolution im Westen, die erfolgreiche russische Revolution, den zweiten Weltkrieg und den damit verbundenen Sieg über den Faschismus., Daraus ging die international dominierende Stellung der USA hervor, die es ihnen möglich machte, ihr Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im Konflikt mit dem sowjetischen Staatssozialismus im westlichen Teil der Welt beherrschend zu machen.

Lassen Sie mich die Merkmale des fordistischen Kapitalismus kurz zusammenfassen:

Charakteristisch ist zunächst die Durchsetzung einer Akkumulationsstrategie, die auf tayloristischer Massenproduktion, einer starken Ausdehnung der kapitalistischen Lohnarbeit zu Lasten der traditionellen agrarischen und handwerklichen Produktion und der Durchsetzung eines Massenkonsummodells beruht. Damit ging das Kapital zu einer systematischen Erschließung des inneren Marktes über. D.h., der Konsum der Arbeiterklasse wurde selbst ein Teil des Kapitalverwertungsprozesses. Die Folge dieser Entwicklung war eine fortschreitende Durchkapitalisierung der Gesellschaft in der Weise, daß traditionelle Formen der Subsistenzproduktion, wie z.B. Teile der Hausarbeit, durch kapitalistisch produzierte Waren verdrängt und die sozialen Beziehungen insgesamt in erheblichem Umfang kommerzialisiert wurden.

Die Durchsetzung dieses neuen Akkumulationsmodus war an die Etablierung einer politisch-sozialen Regulationsweise gebunden, die durch folgendes charakterisiert war: einen hohen Grad an staatlicher Wirtschaftssteuerung, den Ausbau einer staatsinterventionistischen Wachstums-, Einkommens- und Beschäftigungspolitik, die Anerkennung der Gewerkschaften und die politische Institutionalisierung übergreifender Klassenkompromisse im Rahmen korporativer, d.h. Unternehmer, Gewerkschaften und den Staat in „sozialpartnerschaftlichen“ Verhandlungssystemen zusammenbindender Strukturen. Besonders bedeutungsvoll war der allmähliche Ausbau des Sozialstaats, der nicht nur einen wichtigen Mechanismus zur politischen Integration der Lohnabhängigen in der Auseinandersetzung mit dem „Kommunismus“, sondern auch eine entscheidende Stütze des fordistischen Massenkonsummodells darstellte.

Die Integration der Arbeiterklasse in den fordistischen Akkumulationsmodus, die Durchsetzung neuer Produktionstechnologien und Arbeitsorganisationsformen sowie die neue politische Regulationsweise sorgten eine Zeitlang für sehr starke Produktivitätsfortschritte, hohe Profitraten und ein relativ beständiges wirtschaftliches Wachstum. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus schien es möglich geworden zu sein, steigende Masseneinkommen mit einer enormen Profitabilität des Kapitals zu verbinden. Der Fordismus der beiden Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg erschien so als ein „goldenes Zeitalter“ des Kapitalismus – wenn auch keinesfalls für alle. Aber er war zugleich die Basis einer umfassenden Reformpolitik, mit der sich die Vorstellung verband, ihn allmählich demokratisch gestalten und „zivilisieren“ zu können. Er war die entscheidende Grundlage für die Durchsetzung politischer Reform- und „Volks“-Parteien sozialdemokratischen Typs.

Der Fordismus kann durchaus als globales System betrachtet werden. Dem Fordismus der kapitalistischen Metropolen entsprach in gewisser Weise ein „peripherer“, der sich in einigen Teilen der abhängigen Länder herauszubilden begann. Die Strategie der Importsubstitution, d.h. der Versuch, unter protektionistischer Abschottung der Märkte eine nachholende Industrialisierung durchzusetzen, die zu dieser Zeit in der kapitalistischen Peripherie vorherrschte, kann als Versuch gewertet werden, auch hier allmählich fordistische ökonomische und soziale Strukturen ähnlich derer in den entwickelten kapitalistischen Metropolen zu schaffen.

Gleichzeitig blieb der Fordismus aber im Kern nationalstaatlich organisiert. In seinem Zentrum stand die Erweiterung der Binnenmärkte auf der Basis einer erweiterten Staatsintervention und staatlich institutionalisierter Klassenkompromisse. Dies hatte die Möglichkeit einer relativ unabhängigen nationalstaatlichen Regulation ökonomisch-sozialer Verhältnisse zur Voraussetzung, nicht zuletzt die Kontrolle der Nationalstaaten über den grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalverkehr. Weltweit wurde dieses System von „National“-Ökonomien durch ein Geflecht internationaler Organisationen koordiniert. Dabei kam den Institutionen des Bretton-Woods-Systems, dem IWF und der Weltbank, bei der Regulation des internationalen Währungssystems und bei der Koordination der nationalen Geldwirtschaften eine besondere Bedeutung zu. Dieses System wurde durch die Vereinigten Staaten auf der Basis ihrer absoluten ökonomischen Überlegenheit gestützt und garantiert. Der US-Dollar wurde zu einem politisch, durch die USA und die mit ihnen kooperierenden Regierungen regulierten Weltgeld.

Dieses nicht nur für das Kapital, sondern zumindest auch für einen Teil der Bevölkerung „goldene Zeitalter“ des Kapitalismus währte allerdings nicht sehr lange. In den siebziger Jahren brach eine neue Weltwirtschaftskrise aus, die bis heute andauert.

Der Grund dafür kann im wesentlichen darin gesehen werden, daß sich im Rahmen der bestehenden tayloristischen Technologien und Arbeitsprozesse die Kapitalprofite nicht beliebig steigern ließen und damit der Akkumulations- und Wachstumsprozeß wiederum ins Stocken geriet. Die im fordistisch-tayloristischen Produktionsprozeß liegenden Produktivitätsreserven erwiesen sich als durchaus begrenzt. Die wohlfahrtsstaatliche Regulationsweise geriet damit mehr und mehr in Konflikt mit den Profitinteressen des Kapitals. Dadurch erschien es so, als wäre die Krise des Fordismus eine Krise des Sozialstaats. Tatsächlich war es eher so, daß die ökonomische Basis des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus ins Wanken geriet. Die Vereinbarkeit von Kapitalprofit und Massenwohlfahrt hatte ein Ende gefunden. Und damit entfiel auch die Grundlage für die den Fordismus charakterisierenden Klassenkompromisse.

Diese Entwicklung galt nicht nur für die kapitalistischen Zentren, sondern betraf – teilweise zeitlich verzögert, aber insgesamt viel stärker – auch die Länder der Peripherie. Als krisenverschärfend erwies sich, daß das internationale fordistische Regime und das von den USA garantierte ökonomische Regulationssystem zu einer verstärkten Internationalisierung der Produktion und zu einem wachsenden Einfluß multinationaler Konzerne geführt hatte. Auch dadurch wurden die Grundlagen der nationalstaatlich orientierten, auf die



Entwicklung des inneren Marktes gerichteten Akkumulations- und Regulationsweise mehr und mehr untergraben.

Vergegenwärtigt man sich diesen historischen Zusammenhang, dann läßt sich genauer bestimmen, was „Globalisierung“ bedeutet: Es ist die entscheidende *Strategie des Kapitals* zur Lösung der Fordismus-Krise. „Globalisierung“ im ökonomischen Sinne, d.h. die radikale Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs-, Geld- und Kapitalverkehrs soll nun die Voraussetzungen für eine erneute, systematisch und weltumspannend durchgeführte Rationalisierung des kapitalistischen Produktions- und Arbeitsprozesses schaffen. Im einzelnen geht es

- *erstens* um die Durchsetzung von Technologien und Arbeitsprozessen, die dem Kapital einen erneuten und umfassenden Rationalisierungsschub versprechen, d.h. um eine technologische Revolution zur Erschließung neuer Märkte und Profitquellen. Dies weist darauf hin, daß die Durchsetzung der neuen Technologien keinesfalls die Ursache, sondern der *Zweck* der Globalisierung ist;
- *zweitens* geht es um eine strukturelle Verschiebung der gesellschaftlichen Einkommensverteilung zugunsten des Kapitals, des Abbaus des Sozialstaats und der Zerstörung der diesem zugrundeliegenden Klassenkompromisse;
- und *drittens* geht es darum, daß das internationale Kapital in die Lage versetzt wird, ohne Rücksicht auf nationale Grenzen die jeweils kostengünstigsten Produktionsstandorte auszunutzen und im Rahmen weltumspannender Unternehmensnetzwerke miteinander zu kombinieren („worldwide sourcing“).

*Alle* diese Veränderungen der kapitalistischen Akkumulations- und Regulationsweise setzen einen radikalen Umbau der sozialen und politischen Strukturen und der Klassenverhältnisse voraus. Erstes Ziel der Globalisierung war es deshalb, die in der fordistischen Regulationsweise institutionalisierten sozialen Interessen- und Kompromißstrukturen zu zerschlagen.

Globalisierung ist demnach kein einfacher, d.h. nur technisch zu begreifender ökonomischer Prozeß, und er bezeichnet auch keine simple und unveränderliche „Logik“ des Kapitals, sondern sie ist eine umfassende *politische Strategie*.

Diese Strategie wurde im wesentlichen durch das internationalisierte Kapital in Zusammenarbeit mit den neoliberalen Regierungen durchgesetzt, die infolge der Krise des Fordismus an die Macht gekommen waren. Die ökonomische Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik hat das Ziel die politisch-institutionellen Bedingungen für einen tiefgreifenden Umbau der Klassenverhältnisse auf nationaler wie internationaler Ebene zu schaffen, der die Voraussetzung für die technische Reorganisation der kapitalistischen Produktion sind. Entscheidend dabei ist, daß sie zu Struktur- und Funktionsveränderungen der Staaten führt, die sie zu einer sozialen Regulierung und einer wohlfahrtsstaatlichen Politik im traditionellen Sinne unfähig machen. Der seit den siebziger Jahren beherrschend gewordene Neoliberalismus liefert die ideologische Legitimation für diese kapitalistische Krisenüberwindungsstrategie.

Damit läßt sich die eingangs gestellte Frage beantworten: Die aktuelle Globalisierung ist im Kern *ein Projekt des kapitalistischen Klassenkampfes*. Sie ist kein „objektiver“ ökonomischer Mechanismus, noch weniger eine eigenständige politisch-kulturelle Entwicklung, sondern eine politische Strategie.

Aus ihr geht deshalb durchaus der „alte“ Kapitalismus hervor, d.h. eine Klassengesellschaft, die auf der marktvermittelten Ausbeutung der Arbeitskraft beruht. Aber es ist ein Kapitalismus in einer ganz neuen *Form*, mit radikal veränderten Klassenverhältnissen, einer neuen Bedeutung von Politik und einer völlig anderen Rolle des Staates. Schon deshalb ist der globalisierte Kapitalismus weit davon entfernt, ein neues und stabiles „goldenes Zeitalter“ zu begründen, das durch eine Verbindung von sozialer Wohlfahrt, Frieden und Demokratie gekennzeichnet ist. Vielmehr ist zu erwarten, daß die dem Kapitalismus innewohnenden Antagonismen und Widersprüche in neuer Form zum Ausdruck kommen werden.

#### IV. Vereinheitlichung und Fragmentierung der Welt

Die Vorstellung, die Globalisierung des Kapitalismus führe zu einer einheitlichen, harmonischen und kooperativen „Weltgesellschaft“, ist daher sicherlich falsch. Das neoliberale Versprechen einer zunehmenden Wohlfahrt und einer fortschreitenden Demokratisierung hat sich längst als Lüge erwiesen. Tatsächlich bedeutet Globalisierung zugleich auch eine wachsende ökonomische, soziale und politische *Fragmentierung*. Dies läßt sich auf mehreren Ebenen feststellen:

- (1) Eine Ebene ist die der *Pluralisierung des kapitalistischen Zentrums*. Die Krise des Fordismus hat auch das Ende der US-Hegemonie bedeutet. Unter dem Schirm der von den USA garantierten Nachkriegs-Weltordnung konnten Japan und Westeuropa zu ebenbürtigen Konkurrenten heranwachsen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die Vereinigten Staaten zwar die uneingeschränkt dominierende Militärmacht, aber sie verfügen nicht mehr über die ökonomische Kapazität, die zur Ausübung einer hegemonialen Position notwendig ist. Das kapitalistische Zentrum besitzt nun die Gestalt einer „Triade“, d.h., es besteht aus mehreren Polen, die in eine sich intensivierende Konkurrenz verstrickt sind. Damit verschiebt sich eine Achse der internationalen Auseinandersetzungen vom Ost-West-Gegensatz zu einem Konflikt zwischen den kapitalistischen Metropolen. D.h., der *innerimperialistische* Konflikt, der bis zum zweiten Weltkrieg beherrschend war, tritt wieder in den Vordergrund.

Dies ist der Grund dafür, daß die der Globalisierung zugrundeliegende Tendenz zur Liberalisierung und zum Freihandel durch einen gleichzeitig wachsenden regionalen Protektionismus und die Existenz zumindest latenter Wirtschaftskriege gebrochen wird. Allerdings kann der Konflikt zwischen den kapitalistischen Metropolen angesichts der waffentechnischen Überlegenheit der USA praktisch nicht mehr mit militärischen Mitteln ausgefochten werden. Die „Triade“-Mächte konkurrieren daher untereinander vorrangig wirtschaftlich und politisch, finden sich aber zugleich gelegentlich unter Führung der USA zu militärischen Operationen gegen die Peripherie zusammen, wie etwa im Falle des zweiten Golfkriegs oder der Balkan-Intervention. Hier nehmen die USA tendenziell die Funktion eines gemeinsam bezahlten Mietpolizisten („rent-a-cop“) der Metropolen wahr. Dieses Ungleichgewicht von militärischer und ökonomischer Macht führt dazu, daß der Imperialismus eine neuartige und sehr komplexe Gestalt annimmt.

- (2) Gleichzeitig kommt es zu einer weiteren *Ausdifferenzierung der kapitalistischen Peripherie*. Von einer eindeutig lokalisierbaren „Dritten Welt“ im traditionellen Sinne kann heute nicht mehr gesprochen werden. Im Zuge der neoliberalen Politik und der durch sie verursachten gesellschaftlichen Spaltungen entwickeln sich „Drittwelt“-Lebensbedingungen auch innerhalb der kapitalistischen Metropolen, z.B. in Los Angeles, Paris oder London. Während das lateinamerikanische Entwicklungsmodell praktisch gescheitert ist, konnten die südostasiatischen „Tigerstaaten“ erstaunliche Erfolge im Sinne eines kapitalistischen Wachstums verbuchen. Das Verhältnis von „Zentrum“ und „Peripherie“ ist heute also sozial-räumlich erheblich komplexer und differenzierter geworden.
- (3) Diese Tendenzen führen zusammengenommen zu immer stärker *wachsenden internationalen Ungleichheiten*. Die fordistische Vision einer allgemeinen und relativ gleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Welt hat sich als völlig unreal erwiesen. Die Vermögensunterschiede sind größer als jemals, und ganze Weltregionen scheinen von jeder wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt und der absoluten Verelendung preisgegeben zu werden. Dies gilt besonders für große Teile Afrikas und möglicherweise auch für viele Länder, die aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen sind. Dadurch kommt es zu einer Verstärkung der internationalen Wanderungs- und Fluchtbewegungen. Diese stoßen zugleich an immer hermetischer abgeriegelte nationale Grenzen.
- (4) Die Hoffnung, daß die Globalisierung zu einem allmählichen *Verschwinden der Nationalstaaten* und zur Entstehung einer gemeinsamen und demokratischen „Weltregierung“ führe, ist enttäuscht worden. Die Nationalstaaten haben zwar ihre Funktion und ihre Bedeutung sehr stark verändert, bestimmen aber immer noch entscheidend die politische Weltordnung. Die kapitalistische Globalisierung bedeutet zugleich auch eine Re-Nationalisierung der Politik. Wenn die Vereinten Nationen überhaupt handlungsfähig sind, so nur dann, wenn dies im Interesse der dominierenden Staaten liegt. Jenseits der Nationalstaaten gibt es nach wie vor keine politische Instanz, die sowohl demokratisch legitimiert als auch im Sinne einer weltgesellschaftlichen Ordnung handlungsfähig wäre.
- (5) Dies hat dazu geführt, daß die bestehende Weltgesellschaft faktisch durch eine wachsende Zahl von *Kriegen und Bürgerkriegen* gekennzeichnet ist. Der Glaube, mit der Globalisierung brähe ein neues Zeitalter der Demokratie, der Wohlfahrt, des Friedens und der Humanität an, wird durch das deutliche Anschwellen von Nationalismus, Rassismus und Wohlstandschauvinismus widerlegt. Die Vorstellung, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei ein umfassender Sieg der Demokratie und eine allgemeine Verwirklichung der Menschenrechte möglich geworden, hat sich als offensichtlich illusionär erwiesen.

Es wäre allerdings falsch, diese Tendenzen zu verabsolutieren. Zweifellos besitzt die „neue Weltordnung“ insgesamt eher die Züge eines globalen Chaos. Gleichzeitig bringt aber die Globalisierung die Menschen

tatsächlich auch näher zusammen. Dies gilt nicht nur deshalb, weil durch die sich anbahnenden globalen Umweltkatastrophen mehr oder weniger alle betroffen sind. Mit den Umwälzungen, der letzten Jahre sind auch die Forderungen nach Demokratie, sozialer Wohlfahrt und nach Menschenrechten stärker geworden. Nach dem Ende des Kalten Krieges stehen die kapitalistischen Systeme insgesamt vor einem sehr viel stärker gewordenen demokratischen Legitimationsdruck. Die Globalisierung des Kapitalismus hat demokratische und soziale Bewegungen keinesfalls zum Verstummen gebracht. In gewissem Sinne hat sie ihnen sogar zunehmenden Nachdruck verliehen. Die Entwicklung neuer Formen der internationalen Kooperation unabhängig von den staatlichen Herrschaftsapparaten kann ihre Chancen erhöhen.

Das heißt: Die kapitalistische Globalisierung ist keineswegs ein erfolgreich abgeschlossenes Projekt, sondern eine nach wie vor umkämpfte Entwicklung, deren Ausgang keineswegs sicher ist.

## V. Abschließende Bemerkungen

Die Globalisierung des Kapitalismus verändert die Welt tiefgreifend, ohne dass damit die kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse verschwunden wären. Sie hat diese sogar in verschiedener Hinsicht verstärkt und die damit verbundenen Konflikte vergrößert. Die Globalisierung ist kein natürlicher Vorgang oder Ausdruck einer „objektiven“ Logik, sondern ein politisch durchgesetzter und zugleich umkämpfter Prozeß. Die mit ihr verbundenen Umwälzungen führen allerdings dazu, daß grundlegende wissenschaftliche und politische Kategorien neu überdacht werden müssen. Das gilt für den Begriff des Staates ebenso wie für den der Klasse, der Nation oder der Demokratie. Vor allem, müssen wir davon ausgehen, daß einige traditionelle Strategien der politischen Linken heute nicht mehr tauglich sind. Was dies im einzelnen, bedeutet, werde ich in den nächsten Kapiteln zu erläutern versuchen.

---

### Text entnommen aus:

- Hirsch, Joachim (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin, S. 14-27.

## Von Heroen-Sagen zu Alltagsfragen Die globalisierungskritische Bewegung braucht antipatriarchale Perspektiven

*von Ariane Brensell*

*Nicht nur Institutionen wie IWF und WTO sind »geschlechtsblind«. Auch die Kritik linker Bewegungen hält an den herkömmlichen androzentrischen Kategorien fest. Die aber sind, wie eine Einbeziehung der Geschlechterverhältnisse zeigt, Grundlage der neoliberalen Globalisierung. Erst eine Kritik, die bis in den Alltag reicht, könnte Räume für alternatives Denken und Handeln eröffnen.*

Angesichts der Zustände auf unserem Globus sind radikale soziale Veränderungen notwendig – dieser Satz fände sicher uneingeschränkte Zustimmung in weiten Teilen der globalisierungskritischen Bewegung. Dass dies auch radikale Veränderungen in den Fragestellungen dieser Bewegung selbst, ihren Sichtweisen auf Herrschaft, sowie in den eigenen Verhältnissen erfordert und somit auch Veränderungen in der linken und großteils patriarchalen Theorie- und Politikpraxis, wird dagegen sicher auf weniger Begeisterung stoßen.

Zumindest zeigt sich, was die Geschlechterverhältnisse betrifft, in der globalisierungskritischen Bewegung nach wie vor wenig Bewegung.<sup>1</sup> Bei der jüngsten Großdemonstration von Gewerkschaftsjugend, Friedenskooperative und ATTAC in Köln – unter dem Motto »Her mit dem schönen Leben« – fiel die männliche Dominanz so ins Auge, dass eine Journalistin fragte, ob die Programme der versammelten Organisationen ebenso männlich seien wie ihre Sprecher. Auch der ATTAC-Kongress in Berlin im Herbst 2001 zeigt hier eine erschreckende Bilanz: Von ca. 75 Veranstaltungen bezogen gerade mal drei oder vier die Geschlechterverhältnisse mit ein.

Diese Stille ist kein Zufall, sie ist ein Symptom. In der feministischen Ökonomie wurde es auch als »strategisches Schweigen« (Bakker 1994) bezeichnet und gezeigt, wie dieses Schweigen in den ökonomischen Konzepten verankert und angelegt ist. Es lässt die Bereiche der Reproduktion, in denen nach wie vor hauptsächlich Frauen tätig sind und die einen großen Teil der weltweiten Arbeit und des Reichtums ausmachen, immer wieder aus dem Denken und aus den Theorien herausfallen – entgegen allen Beteuerungen, dass es notwendig sei, sie einzubeziehen. Das wird jedoch nicht geschehen, solange die herkömmlichen Konzepte, Kategorien, Begriffe nicht grundlegend verändert werden.<sup>2</sup> Ein Beispiel: Produktivität ist kein geschlechtsneutraler, sondern ein patriarchaler oder androzentrischer Begriff. Die allgemeine Definition von 'Produktivität' schließt unbezahlte Arbeit, die keinen Gewinn auf dem Markt bringt, aus. Produktivität ist dabei ein sehr praxisrelevanter Begriff, weil er die Basis des UN-Systems der volkswirtschaftlichen Rechnung (UNSNA) bildet, welches wiederum Grundlagen für die ökonomische und politische Planung überall in der Welt entwickelt. So werden hier über einen geschlechtsblinden Blick, der die Berechnung unbezahlter Arbeit schlicht ausblendet, die geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen in das Weltwirtschaftssystem eingeschrieben (Eichler 1994).

Im folgenden sollen ein paar Gedanken zur Bedeutung einer feministisch-antipatriarchalen Perspektive für eine globalisierungskritische Bewegung skizziert werden. Es soll gezeigt werden, dass sich eine solche Perspektive nicht in der Interessenspolitik für eine spezifische Gruppe »Frau« erschöpft. Es geht nicht um Frauenfragen, etwa um die Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen oder um Frauen als Verliererinnen oder Gewinnerinnen der Globalisierung.<sup>3</sup> Es geht vielmehr darum, die Geschlechterverhältnisse als grundlegende

<sup>1</sup> Und das liegt sicher nicht an einem Mangel an frauenspezifischen und feministischen globalisierungskritischen Analysen.

<sup>2</sup> Ein Schwerpunkt feministischer Erkenntnistheorie und Wissenschaftskritik ist nicht zuletzt deshalb die Auseinandersetzung mit den Implikationen vermeintlich geschlechtsneutraler Begriffe.

<sup>3</sup> Dabei soll hier nicht der Eindruck entstehen, dass der Nachweis geschlechtsspezifischer Ungleichheiten nicht wichtig wäre – er fördert immer wieder die gravierenden Ungleichheitsdimensionen zutage. Mehr noch sollte aber erkennbar sein, wie diese strukturell in den Verhältnissen begründet sind. So besteht eine Problematik bei der Frage, ob Frauen Gewinnerinnen oder Verliererinnen der Globalisierung sind, darin, dass hier häufig ausgeblendet wird, was das für Verhältnisse sind, unter denen Frau zur Gewinnerin werden kann. Diese Verkürzung führt dann zu Diskussionen, in denen weibliche Führungskräfte aus der BRD beklagen, dass Amerikanerinnen privilegiert sind, weil diese ihre Dienstmädchen steuerlich absetzen können. Damit wird Gesellschaftskritik aufgegeben bzw. ein sehr verkürzter Blick auf Geschlechterverhältnisse geworfen, die etwa auf die Frage der individuellen Möglichkeiten von Männern und Frauen als konkrete Personen reduziert werden.

Vergesellschaftungsform systematisch in die Analyse und Kritik der Gesellschaftsordnung einzubeziehen. Denn gesellschaftliche Strukturen und Institutionen, die Bereiche des Kulturellen, Alltäglichen und Persönlichen –, all das vollzieht sich geschlechtsspezifisch. Unter anderem auf dieser Struktur baut Herrschaft auf, ganz besonders auch der globale Neoliberalismus. Dies zu ignorieren reproduziert herrschende Denkstrukturen. Es aufzugreifen bedeutet mehr als nur eine Korrektur oder Ergänzung innerhalb des bestehenden (Denk-)Rahmens – es hieße, diesen selbst zu verändern.

Frauenunterdrückung und -diskriminierung sowie die Aufrechterhaltung der Geschlechterpolaritäten in all ihren Formen und Schattierungen sind keine Nebenwirkungen oder zufällige Begleiterscheinungen neoliberaler Globalisierung. Sie sind zentraler Bestandteil einer globalen Herrschaftsform, in der Konzernstandpunkte und Profitinteressen strukturell und systematisch privilegiert werden. Alles, was diesen nicht unmittelbar nützlich ist, wird so noch ein Stückchen mehr »ins Hinterland« abgedrängt.

Ein Blick auf die gegenwärtigen Entwicklungen zeigt das: Globale Akteure/Konzerne gewinnen an Macht über die lokalen Verhältnisse, die sie so umgestalten, dass alles marginalisiert wird, was in ihrem Sinne unprofitabel ist. Begleitet vom Umbau der staatlichen und überstaatlichen Institutionen und Arrangements – Abbau des Sozialstaats, Privatisierung der öffentlichen Aufgaben und Zuständigkeiten – kommt es zu nachhaltigen Verschiebungen zwischen öffentlichen und privaten sowie zwischen profit- und non-profit-Bereichen, die das Soziale ökonomisieren und es Effizienzkriterien unterwerfen. Was diesen Kriterien nicht unterworfen werden kann, wird noch weiter ins gesellschaftliche Abseits katapultiert. Damit sind diese Tätigkeiten aber noch lange nicht überflüssig. Sie werden vielmehr nebenbei und unbezahlt geleistet, jenseits der Kriterienkataloge, in geringer werdenden Zeitlücken. Und zwar oftmals von Frauen. Daher ist ein »Hinterland«, das nicht unmittelbar nach Kapitalgesetzen reguliert ist und nicht den Gesetzen von Profiten und Produktivitätssteigerungen gehorcht, eine zentrale Bedingung, eine Art Untergrund neoliberaler Globalisierung.<sup>4</sup> Die auf diese Weise in den Arbeitsteilungen, den Wertigkeiten, den Selbstverständnissen und (subjektiven Gefühlen von) Zuständigkeiten erfolgende Herstellung der Geschlechterverhältnisse ist eine Voraussetzung neoliberaler Globalisierung.

Dies sind keine Fragen, die nur Frauen (als Mütter) angehen. Über die Geschlechterverhältnisse ist das spezifische Verhältnis von Produktion und Reproduktion bestimmt, werden gesellschaftliche Aufgaben und Tätigkeiten geregelt und bewertet. Damit wird das Schweigen über die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse zu einem wichtigen Moment von Herrschaft. Feministinnen haben daher den Globalisierungsdiskurs – auch den der Linken – als »narratives of eviction« bezeichnet, als Erzählungen, die etwas zum Verschwinden bringen (Sassen 1998). Mit der Ausblendung der Geschlechterverhältnisse werden so auch Ansatzpunkte für Veränderungen und Alternativen aufgegeben.

Dass die (neuen) Widersprüche ohne einen Paradigmenwechsel in der linken Theorie und Politik nicht zu erfassen sind, stellten 1995 zwei bekannte italienische Linke, Rossana Rossanda und Pietro Ingrao, erneut zur Diskussion.<sup>5</sup> Ausgehend von der These, dass sich die Linke durch die Art und Weise ihrer Theoriebildung die Erneuerung ihrer Handlungs- und Politikfähigkeit selbst verstellt, plädierten sie für einen grundlegenden Kurswechsel. Einen besonderen Stellenwert maßen sie dabei der vermeintlichen Geschlechtsneutralität der linken Debatten bei.

In ihrer Skizze der »neuen Widersprüche« zeigten sie, dass die Dimensionen sozialer Exklusion und ökologischer Zerstörung sowie die wachsende Anzahl sich ethnisch präsentierender Konflikte mit den herkömmlichen Kategorien linker Politik und Theorie nicht adäquat erfasst werden können. Die Orientierung am erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaftskonzept und an herkömmlichen Fortschrittskonzeptionen sei androzentrisch, denn sie verallgemeinere »männliche« Vergesellschaftungsformen wie die Familienlohnform, das Normalarbeitsverhältnis oder technische Lösungen für soziale und ökologische Probleme. Alle wichtigen Fragen, die jenseits dieses Fokus liegen, blieben unsichtbar.

Vor diesem Hintergrund fordern Ingrao/ Rossanda eine »Horizontverschiebung der Linken, weil dadurch andere menschliche Lebensbereiche« und andere politische Subjekte in den Blick kämen (1996: 116). Dazu sei die Abkehr von einer Sichtweise grundlegend, die sie als »männlich« bezeichnen, weil sie von »den körperlichen Befindlichkeiten, den Gefühlen und Zeiten der Reproduktion abstrahiert« (1995: 428) – eine

---

<sup>4</sup> Dieser Gedanke wurde von Rosa Luxemburg in »Die Akkumulation des Kapitals« entwickelt und von Frigga Haug (1996) feministisch ausgearbeitet.

<sup>5</sup> Im Feminismus ist diese Kritik sehr häufig formuliert worden.

Sichtweise, welche die Konstituierung von Herrschaft in unserer Lebensweise, in unserem Alltag und unseren persönlichen Verhältnissen systematisch ignoriert.<sup>6</sup>

## Antipatriarchale Spurensuche – eine Erweiterung von Wirklichkeit

Um dem Verharrungsvermögen linker Theoretisierungen etwas Leichtigkeit entgegenzusetzen, unternehme ich einen kleinen Terrainwechsel. In der Literatur scheint sich der Zauber einer antipatriarchalen Sichtweise viel direkter entfalten zu können. Vielleicht lässt sich davon etwas hinüberretten in den standardisierten und formalisierten Kanon der Politik- und Theoriekultur.

Christa Wolf begibt sich in »Kassandra« auf die Spurensuche nach der »Kassandra«, die sie war, bevor sie durch männliche Dichteraugen betrachtet – und diskreditiert – wurde: »Wer war Kassandra, ehe irgendeiner über sie schrieb?« (127). Durch ein Dickicht patriarchaler Blicke und Deutungen hindurch entdeckt Christa Wolf eine Frau – die Seherin Kassandra – die aus herkömmlichen Denk- und Handlungsmustern ausgebrochen ist, die Widersprüche sehen und benennen konnte, weil sie sich weigerte, bestimmte Wirklichkeitsdimensionen auszublenden. Sie gewinnt bei dieser Spurensuche eine andere Sichtweise, in der nicht (patriarchale) »Heroengeschichten« im Mittelpunkt stehen. Vielmehr geht es darum, »Unauffälliges zu benennen..., den kostbaren Alltag konkret« ins Zentrum zu stellen. Das lebendige subversive Wort, »es hätte sich in jedem Sinn ‚von unten‘ an sein Material heranzuarbeiten, das, wenn man es durch ein anderes Raster ansähe als bisher, doch noch bisher unerkannte Möglichkeiten offenbaren mag« (125). Auf diese Weise

lässt sich neues entdecken: »Mit der Erweiterung des Blick-Winkels, der Neueinstellung der Tiefenschärfe hat mein Seh-Raster, durch das ich unsere Zeit, uns alle, dich, mich selber wahrnehme, sich entscheidend verändert... Wenn ich mir klarzumachen suche, was da geschieht und geschah, so ist es, auf den allgem reinsten Nenner gebracht, eine Erweiterung dessen, was für mich wirklich ist.« (131)

Was lässt sich aus Christa Wolfs antipatriarchalen Spurensuche für eine aktuelle Globalisierungskritik gewinnen? Zunächst lässt sich Hoffnung daraus schöpfen, dass gerade die Auseinandersetzung mit den unauffälligen und alltäglichen Fragen den Blick auf andere Wirklichkeiten oder gar bisher unerkannte Möglichkeiten freigeben könnten: Wie bestimmt neoliberale Globalisierung die eigene Lebensweise, den Alltag, die persönlichen Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungen? Wie gestalten wir unseren Alltag, wie gehen wir alltäglich mit Widersprüchen um, wie thematisieren wir sie, wie werden wir handlungsfähig im Kleinen?

Damit verändern sich die Handlungsperspektiven: Räume könnten geschaffen und so gestaltet werden, dass jene Standpunkte und Sichtweisen und auch jene alltäglichen und persönlichen Problematiken zur Sprache kommen und in Austausch gebracht werden können, die in der Regel ausgeblendet, individualisiert und ohne Bezug zum »großen Ganzen« bleiben.

Eine Globalisierungskritik aber, die geschlechtsspezifische Ungleichheiten oder Polarisierungen nicht benennt, läuft Gefahr, bestehende Machtverhältnisse zu reproduzieren, weil sie sich innerhalb fundamentaler Denkformen von Herrschaft und innerhalb der hegemonialen Relevanzstrukturen bewegt. Es braucht Standpunkte und Perspektiven, mit denen es gelingt, aus den Nahelegungen der herrschenden Denkformen auszubrechen und andere Anfangspunkte zu setzen. Ansätze hierzu kann eine feministisch-antipatriarchale Perspektive bieten, die nicht auf Essentialismen basiert, die Geschlechterverhältnisse nicht auf Identitätsfragen verkürzt, sondern diese als Praxis der Aufrechterhaltung von Herrschaft erkennt.

## Eine andere Bewegung – Ausgangspunkte für Alternativen

Der Kritikstandpunkt: Unterdrückung, Diskriminierung und Marginalisierung von Frauen, die Ausblendung ganzer Bereiche von Arbeit, das Abwerten all dessen, was »un-ökonomisch« ist – all dies ist nicht umstandslos gleichsetzbar mit der empirischen Gruppe »Frauen«. Aber von hier aus kann sich der Blick öffnen auf die systematische und zunehmende Marginalisierung und Entwertung von Bereichen und Praxen, für die in den real-existierenden Verhältnissen neoliberaler Globalisierung oftmals – aber eben nicht nur – Frauen zuständig bleiben. Ein »Frauenstandpunkt« wird so zu einem wichtigen Kritikstandpunkt (Hennessy

<sup>6</sup> Dass eine solche Horizontverschiebung auch die Entwicklung einer anderen Praxis erfordern würde, zeigt der Fortgang der Initiative: Der Vorschlag von Ingrao/Rossanda wurde auf deutsch im herkömmlichen Sinne diskutiert – d.h. im Blick auf politisch-ökonomische Institutionen und Arrangements, unter Ausschluss der alltäglichen Widersprüche und geschlechtsspezifischen Wirklichkeiten, subjektlos also und geschlechtsneutral (dokumentiert in dem Band »Verabredungen zum Jahrhundertende«). Die Frage nach einem Zugang zu politischen Fragen, der die Widersprüchlichkeiten der Verhältnisse ‚von unten‘ zum Ausgangspunkt macht, wurde ausgespart.

1993), von dem aus der Marginalisierung von bestimmten Subjektpositionen – einem Spezifikum des Neoliberalismus – begegnet werden kann: Den Gewichtungen, Nahelegungen und (Entnennungs-) Diskursen der herrschenden Verhältnisse können andere Fragen, Wertigkeiten, Wirklichkeiten und Möglichkeiten entgegengestellt werden, die allein nur denken zu können der globale Neoliberalismus schon versperrt.<sup>7</sup>

Eine andere Bewegungspraxis: Herrschaft dort und wir hier? Smash Capitalism? Macht und Hegemonie reproduzieren sich nicht fernab des eigenen Handelns, sondern eben auch darin. Alltag nicht abgetrennt von Herrschaft zu sehen, sondern die Frage zu stellen »wie Herrschaft sich alltäglich reproduziert« (Haug 1994), macht andere Themen, Zugänge und Zusammenhänge und damit auch andere Ansatzpunkte für Veränderungen sichtbar und lebbar. So korrespondiert zum Beispiel die Durchsetzung der neoliberalen Verwertungs- und Effizienzlogik auf individueller Ebene eng mit dem Umgang mit persönlichen Spielräumen und der Zeiteinteilung: Wie teilen wir unsere Zeit auf? Wofür wenden wir Zeit auf, wofür wollen wir unsere Zeit aufwenden? Der Blick aus dem eigenen Leben zeigt: Zeit ist keine quantitative Größe, sondern Zeit entscheidet über Entwicklungsräume und -möglichkeiten.

All das macht allerdings andere Bewegungen nötig. Was es heißt, nicht bei der Kritik stehen zu bleiben, sondern sie umzusetzen und etwas anderes lebbar zu machen, war und ist u.a. Thema in der Frauenbewegung, in lokalen Antikriegs- oder antirassistischen Projekten. Hier werden andere Zugänge zu Themen vorgeschlagen, Positionen und Methoden erarbeitet, welche die eigene Verstrickung in die Verhältnisse erfassen.<sup>8</sup> Zudem werden andere Diskussionskulturen und Dialogformen erprobt. So unterschiedlich die Vorschläge und Praxen auch sind, so haben sie doch eines gemeinsam: ‚Lösungen‘ werden nicht allein von einer Veränderung der anderen, in einem Kampf gegen ... erwartet, sondern beginnen mit der Entwicklung von Alternativen unter- und miteinander. Immer dann, wenn nicht abstrakt (ohne Bezug auf Lebensweise, Alltag und eigene Erfahrungen), sondern ausgehend von unterschiedlichen Erfahrungen und Wahrnehmungsweisen von Problemen gesprochen wird, kann die Verständigung darüber zum Ausgangspunkt für die Entwicklung einer gemeinsamen Politik werden.<sup>9</sup> Räume für solche Erfahrungen sollten auch die globalisierungskritischen Bewegungen schaffen, um neue Formen der Kritik und Alternativen entwickeln zu können.

Diese Überlegungen sind lediglich Anregungen für eine etwas andere Denk- und Bewegungsrichtung, um andere Wege der Kritik und der Auseinandersetzungskultur zu wagen, die (eigenen) Perspektiven zu erweitern, die Rahmen zu sprengen, eine Suche zu beginnen. An sie knüpft sich die Hoffnung, dass mit einer Gesellschaftskritik, die das Verhältnis untereinander und zu sich selbst – die so genannten kleinen Fragen – ebenso ernst nähme wie die Skandalisierung der IWF- oder WTO-Politik, die ersten Schritte zu den dringend anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen schon gegangen wären.

## Literatur:

- Bakker, Isabella (Hrsg.): The strategic silence. Gender and economic policy, London/Ottawa 1994
- Brensell, Ariane: Jenseits der Autonomie im Hinterland des Neoliberalismus, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 24. Jg., Nr. 3-4/2000, S. 35-52
- Eichler, Margrit 1994: Sieben Weisen, den Sexismus zu erkennen, in: Das Argument 207, Heft 6
- Haug, Frigga 1994: Alltagsforschung als zivilgesellschaftliches Projekt, in: Das Argument 206, S. 639-658
- Dies: Knabenspiele und Menschheitsarbeit. Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse, in: dies.: Frauen-Politiken, Hamburg 1996

<sup>7</sup> S. dazu Brensell 2000.

<sup>8</sup> In feministischen und Projekten in Kriegsgebieten (z.B. Israel-Palästina) wird das Konzept der »Transversalen Politik« verwendet. Dabei geht es um die Entwicklung von Prozessen, die Spaltungen und Konflikten 'von unten' entgegenwirken: Von zentraler Bedeutung für transversale Politik sind jene Prozesse, die italienische Feministinnen ... als ‚Verwurzeln‘ (rooting) und ‚Verändern‘ (shifting) bezeichneten: Jede Dialogteilnehmerin bringt ein, wo ihre eigene Zugehörigkeit und ihre eigene Identität verwurzelt sind. Gleichzeitig versucht sie aber, ihre Position zu verändern, um sich selbst in die Lage zu versetzen, sich mit Frauen unterschiedlicher Zugehörigkeiten und unterschiedlicher Identitäten auszutauschen (vgl. z.B. Cynthia Cockburn: »The space between us«, London 1998; Dan Baron: Die ‚Anderen in uns‘. Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung, Hamburg 2001).

<sup>9</sup> In der Regel bestimmen jedoch Meinungen über Erfahrungen die politischen Debatten. Dies hat dann die Konsequenz, dass sich eine bestimmte Wahrnehmungsweise der Probleme durchsetzt, verallgemeinert wird und so andere Erfahrungen ausblendet. Diese wird dann zum Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen über gesellschaftliche Veränderungen.

- Hennessy, Rosemary: Materialist Feminism and the Politics of Discourse, New York/London 1993
- Ingraio, Pietro/ Rossanna Rossanda: Die neuen Widersprüche, in: Prokla 100 (1995), S. 409-430
- Dies.: Verabredungen zum Jahrhundertende, Hamburg 1996
- Madörin, Mascha: Finanzsektor und die Macht, Sachzwänge zu schaffen, in: Krondorfer/Mostböck (Hrsg.): Geld essen Kritik auf, Wien 2000
- Sassen, Saskia: Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft, in: Prokla 111 (1998), S. 199-216
- Wolf, Christa: Voraussetzungen einer Erzählung: Cassandra, Darmstadt 1984

---

► Ariane Brensell ist vernetzt im Antipatriarchalen Netz Berlin, arbeitet zu Alltag und Geschlechterverhältnissen im Neoliberalismus sowie zum Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Krieg.

---

**Text entnommen aus:**

- iz3w/BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (Hg.) 2002: Wo steht die Bewegung? Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik, Freiburg, S. 50-53  
<http://www.iz3w.org/iz3w/index.html>



## Falsche Freunde

### Die extreme Rechte dockt bei der Antiglobalisierungsbewegung an

*von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB)*

*Nicht nur die NPD, auch andere Rechte haben die GlobalisierungskritikerInnen zur Zielgruppe ihrer Agitation erklärt. Grund dafür sind manche strukturelle Ähnlichkeiten in der Argumentation, etwa wenn es um die Verteidigung des Lokalen gegen die Konzerne geht. Bislang sind die Neonazis allerdings mit dem Versuch gescheitert, Einfluss auf die Bewegung zu gewinnen.*

Sie riefen zur Teilnahme an der Demo gegen den Bush-Besuch im Mai 2002 in Berlin auf, sie mobilisierten zum Aktionstag von Attac und Gewerkschaftsgruppen vor der Bundestagswahl in Köln: Mittlerweile gibt es kaum noch ein Großereignis der globalisierungskritischen Bewegung, bei dem die Neonazis der NPD nicht ihre Unterstützung ankündigen. Offenbar sieht die extreme Rechte in der Bewegung Potenziale, mit ihrem Programm Gehör zu finden.

Seit Ende der 1990er Jahre wird im rechten Lager verstärkt mit national-sozialistischen Parolen agitiert, nachdem zuvor rassistische und nationalistische Phrasen vorgeherrscht hatten. Parolen wie »Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national« gehören mittlerweile zum Standardrepertoire der NPD. Doch bei genauerem Hinsehen ist die NPD nicht antikapitalistisch, sondern schlicht gegen »das Kapital«. Natürlich gehört dazu die personifizierende Vorstellung einer weltweiten jüdischen Verschwörung, deren Ursprung an der amerikanischen Ostküste liegt. Für die NPD gilt die schlichte Formel: Globalisierung = Internationales Finanzkapital. G8, IWF und Weltbank sind angeblich Instrumente einer jüdischen Elite im Kampf um die Weltherrschaft. Doch deren Tage seien gezählt, wie eine Hetzschrift von der NPD-Prominenz Horst Mahler und Dieter Oberlärchner unter dem Titel Independence-day live glauben machen will: »Die Luftangriffe auf Washington und New York vom 11. September 2001 markieren das Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus.«

### Bürgerkriegsvokabeln

Dem globalisierten Kapital, welches für die Nazis durch das Bild des heimatlosen Juden verkörpert wird, setzen die Neonazis von der NPD einen völkischen Nationalismus entgegen: »Wenn der Kapitalismus [...] im Sattel des völkervermeinenden Internationalismus sitzt, kann das einzige Gegenmittel nur der Nationalismus sein« (Deutsche Stimme 09/2001). In einer »raumorientierten Volkswirtschaft« soll »die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen [...] dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung [...] dienen« (NPD-Programm). In der Volksgemeinschaft soll das gemeinsame nationale Interesse die politischen Gegensätze (in der Sprache der NPD den »Klassenegoismus«) überwinden. »Es muss klar sein, dass das Begriffspaar 'rechts-links' als Bürgerkriegsvokabel von den Herrschenden immer wieder zur geistigen Spaltung des Volkes benutzt wird und der einzig ernstzunehmende Gegensatz der zwischen 'nationalistischen' und 'internationalistischen' Positionen ist« (Deutsche Stimme, 09/2001). Etwaige Unklarheiten, wem die »nationale Solidarität« gilt, werden im Programm zur Bundestagswahl 2002 im »5-Punkte-Plan zur Rückführung von Ausländern in ihre Heimat« ausgeräumt – unter anderem mit der Forderung »sofortige Ausgliederung der in Deutschland lebenden und beschäftigten Ausländer aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem. Nationaldemokratische Sozialpolitik fühlt sich den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet«.

Gegen einen Kapitalismus des »freien und sozialverpflichteten Unternehmertum(s)« hingegen hat die NPD im Prinzip nichts einzuwenden: »Eine Sozialpolitik nach dem Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates, dessen Belastungen für alle Schaffenden zum Alldruck werden, verfehlt ihre Aufgabe und ist unsozial. Eine soziale Lohn- und Gehaltspolitik muß jedermann einen ausreichenden und gerechten Anteil am Volkseinkommen gewähren.«

Dass die NPD das Schlechte im Kapitalismus im »Kapital« personifiziert, dass sie keine sozial-strukturelle Kritik an kapitalistischen Verhältnissen leistet und aus diesem Grund zu völlig widersprüchlichen Aussagen kommt, könnte einer linken Bewegung egal sein, wenn nicht auch innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung diese Denkweise vorhanden wäre. Mit ihrer Forderung nach Stärkung des Nationalstaats und ihrem Anti-»Kapital«-ismus, aber vor allem auch mit dem damit verbundenen Antisemitismus und Antiame-

rikanismus, rechnen sich die Neonazis nicht ganz zu Unrecht aus, an die globalisierungskritische Bewegung andocken zu können. Tatsächlich verfügt die globalisierungskritische Bewegung ja kaum über eine gemeinsame inhaltliche Ausrichtung. Sie ist ein Sammelbecken für die verschiedensten, sich in ihrer großen Mehrheit als links bezeichnenden Strömungen und Meinungen. Diese Situation schätzt die NPD-Postille Deutsche Stimme für die extreme Rechte als günstig ein: Überschneidungspunkte mit der Linken seien die Ablehnung der Dollar-diktierten Kriegstreiberei, das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Umweltschutz als Heimat- und Volksschutz und die Ablehnung der kapitalistischen Klassengesellschaft, die »mit der Idee der solidarischen Volksgemeinschaft unvereinbar« ist.

## Heimatgefühle im Männerbund

Entgegen kommt der extremen Rechten, dass auch Bewegungs-Linke oft nicht in der Lage sind, Kapitalismus als gesellschaftliches Verhältnis zu kritisieren, sondern ihn in die einzelnen Bereiche Staat, Politik und Wirtschaft zerlegen, was die Illusion zur Folge hat, Staat und Politik könnten den »Raubtierkapitalismus« bändigen. Dort, wo Teile der Bewegung den Nationalstaat gegenüber dem globalisierten Kapital stärken wollen und die Institutionen des Kapitalismus stärker kontrollieren wollen, sieht die NPD Gemeinsamkeiten. Obwohl die emanzipativen Motivationen großer Teile der globalisierungskritischen Bewegung denen der extremen Rechten diametral entgegenstehen, sind manche Programmatiken zum Verwechseln ähnlich: Auch relevante Teile der globalisierungskritischen Bewegung preisen die Vorzüge des Lokalen, des Nationalstaats, und kritisieren statt des Kapitalismus lediglich die Finanzmärkte und das Geld.

Besonders deutlich ist diese Ähnlichkeit in den Äußerungen der prominenten Globalisierungskritikerin Maria Mies, die den Begriff der Heimat von links besetzen will: »Wenn sich rechtsgerichtete junge Männer in neuen faschistischen Männerbünden zusammenschließen und gegen Ausländer und Juden zu Felde ziehen, dann suchen sie in diesen Männerbünden jene Sicherheit, die ihnen die globalisierte Gesellschaft nicht mehr bieten kann. Der Männerbund ist ihre Ersatzfamilie und ihre neue Heimat. Bei Linken und Progressiven in Deutschland wird kaum ein Begriff so tabuisiert und denunziert wie der Begriff 'Heimat'. Diese Tabuisierung führt dazu, dass nicht verstanden wird, dass nicht nur die Rechten ein tiefes Bedürfnis nach Heimat haben, das sie durch Nationalchauvinismus und Gewalt gegen Fremde ausleben, sondern auch die 'Anständigen'« (Maria Mies: Globalisierung von unten. Hamburg 2001, S. 200). Auf wen genau dieser Appell zielt oder ob er außer bei den national-sozialistischen Ablegern der '68er-Bewegung wie Mahler und Oberlerner auch bei anderen auf Anklang stößt, ist allerdings bisher nicht zu erkennen.

Gesellschaftlich ist die extreme Rechte in der BRD heute weitgehend marginalisiert: War sie im nationalen Taumel der Wiedervereinigung noch Stichwortgeber der Politik (z.B. beim Asylrecht), so steht sie in der Frage der Globalisierung im Widerspruch zum konservativen Lager. Denn während die extreme Rechte die Schließung der Grenzen nicht nur für MigrantInnen, sondern auch für die ausländische Wirtschaft fordert, hat die bürgerliche Rechte die Globalisierung der Wirtschaft und den Abbau nationaler Handelshemmnisse seit Mitte der 70er Jahre vorangetrieben. Der Staat soll gute Standortbedingungen garantieren und dabei lediglich in die Bereiche 'Innere Sicherheit' und Migration verstärkt intervenieren. Nur in Ausnahmefällen wie der BSE-Krise soll der Staat laut konservativer Ideologie kurzfristig den Handel regulieren, um größeren Schaden von der Wirtschaft abzuwenden. Die Nazis hingegen wollen den internationalen Wettbewerb zum Wohle des deutschen Unternehmers und der Volksgemeinschaft generell unterbinden.

## Antideutsche als Gegner

Ähnlich wie die extreme Rechte im bürgerlichen Lager in Sachen Globalisierungskritik nicht punkten kann, bleibt der direkte Einfluss der NPD und anderer Rechter auch in der globalisierungskritischen Bewegung gering. Die Deutsche Stimme erklärt den ausbleibenden Erfolg mit dem großen Einfluss anderer Strömungen, von denen sie sich massiv abgrenzt. So kritisiert sie beispielsweise Attac und die Gewerkschaften wegen ihres Reformismus. Aufgrund ihrer linksradikalen Kapitalismuskritik jenseits von Nation und Staat werden von den Nazis jedoch insbesondere »Marxisten« und »Antideutsche« als politische GegnerInnen innerhalb der Bewegung ausgemacht: »Gänzlich unfähig zur Überwindung des planetarischen Kapitalismus werden die Marxisten jedoch dadurch, dass sie in ihrer abwegigen Menschheitschwärmerei tatsächlich an eine Interessensgleichheit der Arbeitenden aller Völker glauben« (Deutsche Stimme 09/ 2001).

Auch die Versuche der Rechten, am Rande von Großereignissen aufzumarschieren, scheiterten in der Regel kläglich. In Prag wurden eine Nazi-Demo anlässlich des IWF-Treffen von der Antifa kurzerhand aufgelöst. Ebenso erging es einer Demonstration der Forza Nuova in Mailand anlässlich eines WTO-Treffens. Hinzu

kommt, dass sich die OrganisatorInnen von linken Antiglobalisierungs-Aktionen durchaus des Problems der unerwünschten Teilnahme von Rechten bewusst sind. Nach dem NPD-Aufruf zur Teilnahme an den Demonstrationen gegen den Bush-Besuch im Mai 2002 stellte das Bündnis »Achse des Friedens« in einer Presseerklärung klar, dass man gleichzeitig auch »gegen Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus« demonstrieren wolle.

Doch damit ist es nicht getan. Will die globalisierungskritische Bewegung ihre falschen Freunde auf Dauer loswerden, dann muss sie einsehen, dass der Schutz von Heimat und Nation nicht ihre Sache sein kann. Ihre Kritik der herrschenden Verhältnisse muss einhergehen mit einer deutlichen Positionierung gegen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus.

- 
- ▶ Die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) beteiligt sich schon seit längerem an der Debatte über rechte und linke Globalisierungskritik ([www.antifa.de](http://www.antifa.de)).

---

**Text entnommen aus:**

- iz3w/BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (Hg.) 2002: Wo steht die Bewegung? Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik, Freiburg, S. 60-61  
<http://www.iz3w.org/iz3w/index.html>

## Peoples Global Action: Für viele Welten! – in pink und silber und bunt

*Von Friederike Habermann*

Der bereits 1994 als „erste Revolution des 21. Jahrhunderts“ bezeichnete Aufstand der Zapatistas in Chiapas/ Mexiko gilt inzwischen als die Geburtsstunde der neuen internationalen Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung. Der Aufstand traf auf eine Situation, in der immer mehr Teile ehemals systemkritischer Bewegungen – im globalen Norden die Neuen Sozialen Bewegungen, im Süden die Befreiungsbewegungen – eine immer stärkere Anpassung an das herrschende System vollzogen hatten – nicht (nur) aus Opportunismus, sondern aus Desillusionierung und Mangel an greifbaren Alternativen. Mit ihrem Aufruf, „ein kollektives Netzwerk all unserer Teilkämpfe und Widerständigkeiten zu schaffen, welches Unterschiedlichkeiten respektiert und Ähnlichkeiten anerkennt“ und so die Welt „neu zu erschaffen“ fanden die Zapatistas weltweit ebenso Widerhall bei neueren Bewegungen wie mit ihrem radikalen, jedoch auf Gewaltfreiheit bedachten Vorgehen.

Die Zapatistas kämpfen darum, sichtbar zu machen, dass ihre Position nicht eine zufällige (oder gar natürliche) Abweichung ist, sondern eine den Verhältnissen immanente. So wird deutlich, dass die hegemonialen Interessen eben keine allgemeinen Interessen sind, und dass es nur gelingt, sie als allgemeine darzustellen, solange die marginalisierten und unterdrückten Interessen stimmenlos bleiben bzw. gemacht werden. Darüber hinaus rufen sie andere marginalisierte Identitäten – Frauen, Alte, Homosexuelle etc. – auf, sich ebenso gegen Hegemonie zu wehren, und zwar in einer Vernetzung aller dieser. Dabei behaupten sie nicht, dass sich alle diese Kämpfe auf den Kapitalismus zurückführen ließen.

Parallel zu den zehn Jahre währenden Vorbereitungen im Urwald von Chiapas aber hatten sich weltweit kleinere Bewegungen einer neuen Politikform gebildet. Waren dies in Deutschland z.B. die Autonomen, welche sich von der traditionellen Linken durch den Triple Oppression-Ansatz (Kapitalismus, Rassismus und Sexismus) in der Theorie und die direkte Aktion in der Praxis auszeichneten, so hatte sich in Großbritannien die „anti-roads movement“ gebildet, mit Tausenden von Menschen, die sich aufgrund ihrer im Widerstand gemachten Erfahrungen zunehmend gewaltfreie direkte Aktionen zum Mittel wählten. Und nicht zuletzt im globalen Süden waren direkte Aktionen schon lange ein wesentliches politisches Mittel, die bekanntesten darunter die rund 150.000 Landbesetzungen in Brasilien.

Nachdem erste Kontakte über das zweite zapatistische „Interkontinentale Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft“ geknüpft worden waren, bildete sich im Februar 1998 in Genf mit *Peoples Global Action* ein weltweites Netzwerk für Informationsaustausch und Aktionskoordinierung. Die Tagung fand statt am Genfer See, direkt neben einem Hotel, welches gerade eine Managerkonferenz beherbergte: alles Männer, weiße, in schwarzen Anzügen und mit Handy. Die Vielfalt der Saris und anderer Gewänder, der Farben und der Geschlechter bei der *Peoples Global Action*-Konferenz symbolisierte dagegen eindrücklich eine andere Form von Globalisierung. Jedenfalls nicht die der hegemonialen Monotonie.

Inhaltliche Arbeitsgruppen zu *Frauen, Bauern und Bäuerinnen, Erwerbslosen, Studierenden, HausbesetzerInnen* etc. wechselten sich ab mit regional zusammengesetzten Arbeitsgruppen wie *Mittlerer Osten* oder *Südlicher Pazifik*. Ebenfalls nach Regionen gegliedert wurden Gruppierungen benannt, welche das Einberufungskomitee für die nächste Konferenz bildeten. Dieses nach jeder Konferenz wechselnde Gremium ist gleichzeitig beauftragt, notwendige organisatorische Leistungen in der Zwischenzeit untereinander zu koordinieren. Für Europa darin vertreten waren bislang u.a. die britische Reclaim The Streets-Bewegung und das italienische Ya Basta!-Kollektiv, heute bekannt als Mit-Initiator der „Tute Bianche“.

Peoples Global Action (PGA) versteht sich nicht als Organisation mit Mitgliedschaft, sondern als eine Plattform, auf der verschiedene Bewegungen, Strömungen und Gruppierungen zusammen kommen können, um durch die Koordinierung eine gegenseitige Stärkung der jeweiligen lokalen und regionalen Auseinandersetzungen und Kämpfe zu erfahren. Es gibt kein Büro, keine Hauptamtlichen und die Finanzierung muss für jede Aktion vor Ort neu beschafft werden.

Inhaltliche Grundlage bildet ein „lebendiges Manifest“ welches auf jeder Konferenz weiter bearbeitet werden soll. Tatsächlich aber hat es nach der ersten Konferenz trotz einiger Bemühungen nie wieder eine Fassung gegeben, welche ausdiskutiert werden konnte, da stets die Zeit fehlte. Wesentlich als gemeinsame Grundlage sind daher vor allem die fünf Grundprinzipien von PGA: eine klare Ablehnung von Freihandels-

abkommen, verbunden mit einer konfrontativen Haltung und der Ablehnung von Lobbypolitik, dem Aufruf zu direkten Aktionen, die nicht-hierarchische und selbstbestimmte Vernetzung untereinander und – erst auf der 2. PGA-Konferenz hinzugefügt – die Ablehnung aller Formen von Diskriminierung, mit dem Zusatz: „We embrace the full dignity of all human beings“.

Genf war nicht zufällig gewählt: Drei Monate später sollten hier Staatschefs und Minister zur zweiten WTO-Konferenz zusammentreffen. WTO: We Take Over – so lautete die optimistische Umdeutung des Kürzels für die Welthandelsorganisation schon anderthalb Jahre vor Seattle. Tatsächlich kam es zu Protesten, welche den Polizeichef von Genf – wie er mehrfach wiederholte – den Beginn einer Bewegung wie 1968 entstehen sah. In allen Kontinenten kam es im Rahmen von PGA zu Beteiligungen an Protestaktionen gegen die Weltwirtschaftspolitik, darunter 40.000 in Brasilien und 100.000 in Indien sowie eine *Global Street Party* in 37 Ländern gleichzeitig. Obgleich von den AktivistInnen von PGA im Vorfeld auf den Zusammenhang der einzelnen Aktionen hingewiesen wurde, konnte dies damals nicht verhindern, dass beispielsweise in der *tageszeitung* von den 3.000 Tanzenden auf den Straßen in Prag auf einer anderen Zeitungsseite und völlig ohne jeden Bezug auf die 8.000 in Birmingham berichtet wurde – diese Art der Vernetzung war damals zu neu.

Über die Proteste im Süden dagegen wurde praktisch gar nicht berichtet. Daraus zogen die Bauernbewegungen aus Indien die Konsequenz, dann eben nach Europa zu kommen: Ein Jahr später fuhren 500 Menschen überwiegend aus Indien, aber auch anderen Ländern verschiedener Kontinente durch Europa, um anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels im Juni in Köln einen Monat lang eine Protestkarawane gegen die Weltwirtschaftspolitik durchzuführen als *Interkontinentale Karawane für Solidarität und Widerstand (ICC)*. Aber auch diesmal fanden sie kaum Beachtung. In der Presse wurden sie lediglich als besorgte Bauern porträtiert, die sich gegen die Gentechnologie engagierten – die damit verbundene Systemkritik wurde überhört. Und als die Karawane von der Polizei in Köln eingekesselt wurde, machte die *Kölnische Rundschau* kurz „500 Autonome“ aus den in weiße Gewänder gehüllte Indern.

Am gleichen Tag, dem ersten *Global Action Day*, dem 18. Juni 1999, kam es weltweit zu lokalen Aktionen gegen Finanzzentren und zu antikapitalistischen Demonstrationen. In Australien wurde die Tradition des Sahnetorten-Wurfs in unbeliebte PolitikerInnenengesichter fortgesetzt, in Nigeria lauschten 10.000 Anti-Shell-Demonstrierende den Worten Owens Wiwa – Bruder des hingerichteten Ogoni-Sprechers Ken Saro-Wiwa –, in Tel Aviv wurde ein Karneval veranstaltet und in Pakistan verkleideten sich Gewerkschaftsführer, um so an der Polizei vorbei auf einer Demonstration sprechen zu können.

## Eine neue Politik

Und dann passierte es: „Nur 200 von 3000 Delegierten sind durchgekommen – sie haben die Konferenz für heute abgesagt!“ – hieß die Nachricht, die sich am frühen Nachmittag auf den Straßen von Seattle wie ein Lauffeuer unter den Demonstrierenden verbreitete. Was zunächst kaum jemand glauben konnte und dann großen Jubel auslöste, hat inzwischen Geschichte gemacht: Seattle und das Scheitern der dritten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation wurde zum Symbol für die Entstehung einer „neuen Internationale“ (Magazin Wirtschaftswoche).

Das *Direct Action Network (DAN)-Center*, war der Ausgangs- und Anlaufpunkt für alle im radikalen Widerstand in Seattle. Gerade weil vorher keine Struktur existiert hatte, waren einfach Leute aus allen Teilen der USA und teilweise aus Kanada einige Wochen vorher zusammen gekommen, hatten ihre Erfahrungen ausgetauscht und das DAN-Center aufgebaut. Es gab keine direkte Kontinuität zwischen *Peoples' Global Action* und den Ereignissen in Seattle. Zwar zog eine fünfwöchige PGA-Karawane von Menschen u.a. aus Israel, Pakistan und Bolivien mit einem buntbemalten Schulbus von New York über Boston und San Diego nach Seattle, die unterwegs mit den lokalen Gruppen Aktionen und Teach-Ins veranstaltete, doch vergleichbar mit dem Prozess, wie oben für den Zapatismus beschrieben, so zeigte sich auch hier, wie sich an einem anderem Ort fast zeitgleich, aber ohne organisatorischen Zusammenhang, eine ähnliche Politikform entwickelte. Gleichzeitig gab es gewerkschaftliche und gemäßigttere Positionen von Nichtregierungsorganisationen, doch kam es in Seattle nicht zu einer Verwässerung radikaler Positionen, da von unterschiedlichen Positionen aus nur Hand in Hand, aber nicht von dem kleinsten gemeinsamen Nenner aus Politik gemacht wurde. So haben die DAN-Strukturen, die sich nach Seattle in ganz Nordamerika herausbildeten, die Grundprinzipien von *Peoples Global Action* übernommen.

In der *deutlichen Ablehnung der WTO und anderer Liberalisierungs-Abkommen* wird bereits ein Unterschied zur Haltung der allermeisten Nichtregierungsorganisationen deutlich – es geht nicht um Verbesserungen, es geht um die radikale Ablehnung und die Forderung nach Abschaffung. Dabei wird nicht behauptet, ohne

WTO, IWF, Weltbank gäbe es keine Ausbeutung mehr. Doch werden diese Organisationen als Verdichtungen von Kräfteverhältnissen aufgefasst und von daher als unreformierbar. Sie sind Ausdruck globaler neoliberaler Umstrukturierung, und werden von dieser zielbestimmten Ausrichtung auch nicht abweichen. Es geht den in PGA versammelten Gruppen jedoch auch nicht um die Wiedererlangung eines keynesianischen Wohlfahrtsstaates, sondern es geht um die *Ablehnung von Kapitalismus* als Lebensprinzip, in welchem die Konkurrenz die zwischenmenschlichen Beziehungen beherrscht. Hier betonen vor allem indigene Bewegungen ihr sozialeres Gesellschaftsverständnis.

Zudem enthielt der Wohlfahrtsstaat des Fordismus zwar mehr Absicherungen als der Postfordismus, doch gingen diese einher mit einer Art Klassenkompromiss zu Lasten des globalen Südens, der „Ausländer“ und der Frauen. Denn nicht umsonst waren es im Fordismus in erster Linie die Hausfrauen, welche (Modell Mittelstand:) in Depressionen versanken, statt sich – befreit von Lohnarbeit – auf dem Sofa zu fläzen, oder (Modell Doppelbelastung:) in Arbeit zu ertrinken. Robert Kurz verweist zurecht darauf, dass die bürgerliche Familie oder die Geschlechtsbeziehung keine nicht-warenförmigen sozialen Räume sind, welche außerhalb und unabhängig von der Warengesellschaft existieren (Kurz 1992). Im Gegenteil war und ist der weibliche Lebenszusammenhang in seiner „Abgespaltenheit“ (Roswitha Scholz 1992) genauso entfremdetes Moment der warenproduzierenden Deformations- und Destruktionsgeschichte wie Arbeit im Binnenraum der Ware.

Hier erweist sich nicht zuletzt auch die Analyse des Staates als wichtig. Staat ist weder böse an sich, da er nicht einfach Mittel in den Händen des Kapitals oder sonst wem ist, noch lässt er sich mit gutem Willen in wohlmeinende Hände übergeben, wie es etatistische Forderungen suggerieren. Der Staat ist eine materielle Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen (Nicos Poulantzas), ist Ausdruck von Hegemonie, und damit strukturierte und strukturierende Form von Herrschaft zugleich (vgl. auch Brand 2000). Damit ist er auch institutionalisierte Maskulinität (vgl. u.a. Sauer 2001).

Entsprechend ist die *konfrontative Haltung* gegenüber internationalen Freihandelsorganisationen verbunden mit *einer Ablehnung jeglicher Lobby-Politik*, „denn wir glauben nicht, dass Lobbyarbeit in einer so undemokratischen Organisation, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst ist, einen nennenswerten Einfluss haben kann“, so heißt es in den Grundsätzen. Um es mit Bildern von Slavoj Žižek auszudrücken: ist die Wahlfreiheit im globalen Kapitalismus die zwischen Coca Cola und Pepsi, so entspricht Lobbying der Mitbestimmung im Fahrstuhl: Drückt man den Knopf 'Tür-zu' oder drückt man ihn nicht – es macht zeitlich keinen Unterschied, der Knopf dient lediglich dazu, das Gefühl zu vermitteln, man könne etwas tun. Dafür aber reproduziert man durch Lobbying ein Machtverhältnis, unterwirft sich der Hierarchie, in dem man aktiv die Entscheidungskraft des anderen, und damit seine Subjektposition, anerkennt. Dagegen wird im Widerstand die bestehende Machtbeziehung herausgefordert: Es bedeutet, zunächst zu erkennen, dass eine solche besteht, und dann zu versuchen, diese Subjektpositionen zu verschieben. Es ist eine Transformation nicht nur des Verhältnisses innerhalb der Machtbeziehung, sondern verändert auch die eigene Person. Um im Widerstandsjargon zu bleiben, könnte dies 'reclaim yourself' genannt werden.

Als Form für diesen Widerstand wird zu direkten Aktionen aufgerufen. Das ursprünglich an dieser Stelle eingefügte Wort „gewaltlos“ war im herkömmlichen Sinne mit Bezug auf Menschen zu verstehen, und nicht in der Verzerrung, die dieser Ausdruck in der politischen Diskussion der letzten Jahrzehnte erhalten hat, wo jede Sachbeschädigung als Gewalt ausgelegt wird. Die indischen Bewegungen berufen sich gerne auf die Politik Ghandis, wohl wissend, dass dieser direkte Aktionen befürwortet hat. So zählt ein Go-In bei dem Agrar-Multi Cargill, verbunden mit einer öffentlichen Verbrennung sämtlicher in den Büros vorgefundenen Papiere, ebenso selbstverständlich zu gewaltfreiem Widerstand wie die öffentliche Verbrennung von genetisch veränderten Baumwollfeldern. Um hier Missverständnissen vorzubeugen, beinhaltet die auf der dritten PGA-Konferenz im September 2001 in Cochabamba/ Bolivien gefundene Formulierung den „Respekt vor dem Leben“.

Bezüglich der internen Zusammenarbeit bildet die *dezentrale und autonome Organisationsphilosophie* den Grundsatz. Dies ist sehr ungewöhnlich im Vergleich zu festeren Strukturen, welche in der Regel mit einem finanziell und personell gut versorgten Hauptsitz ausgestattet sind. Die Finanzierung kommt dabei fast immer aus dem Norden, und in Verbindung damit werden auch die Personalentscheidungen davon beeinflusst. Nicht zuletzt deshalb stellt PGA die Vernetzung dar, in welcher Bewegungen aus dem Süden wohl in angemessenster Weise vertreten sind. Größtes Problem in der Praxis bildet zwar auch hier die Übernahme von organisatorischen Arbeiten durch Individuen aus dem Norden – legitimiert als *Support Group*, doch die unterschiedliche Ausstattung mit Zeit, Geld und technischer Infrastruktur führt auch hier zu ungewollten Ungleichgewichten. Immerhin ist es die einzige Struktur, in der überhaupt mit diesem Problem entsprechend umgegangen werden kann. So wurde beispielsweise nach einigen Spannungen auf den PGA-

Konferenzen eine Quotierung eingeführt, damit die Beteiligung Nord/Süd ausgewogener ist. So konnte vermieden werden, dass die größeren finanziellen Ressourcen zu einer Überrepräsentanz führten. Tatsächlich wird *Peoples Global Action* in erster Linie durch die Bewegungen im Süden getragen – und damit von den durch die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung am Wesentlichsten Betroffenen. Auch wenn also andere Vernetzungen wie das DAN die Prinzipien von *Peoples Global Action* übernehmen, so bleibt PGA im radikalen Widerstand doch die entscheidende Vernetzung für Bewegungen aus dem Süden.

In der *Ablehnung jeder Form von Diskriminierung* liegt der vielleicht grundlegendste Unterschied zu traditionellen internationalistischen Bewegungen: es wird eine Verkürzung von Herrschaftsverhältnissen auf Kapitalismus vermieden. Das, was die Vielfältigkeit der in *Peoples Global Action* vertretenen Gruppen ausmacht, lässt sich als 'gegen-hegemonial' ausdrücken. Kapitalismus wird nicht nur als ökonomisches Verhältnis gesehen, sondern in seiner Durchdringung von Kultur, Umwelt, Geschlecht, Rassismus und Identität überhaupt. So wird auch z.B. die WTO als sozial, ökonomisch und politisch hegemoniales Projekt angegriffen.

Dabei wird nach Verknüpfungen zwischen diesen Kämpfen gesucht, wie z.B. geschehen auf einem Seminar in Chiapas im Mai 2000 unter dem Titel *Nicht Mann, nicht Frau, sondern ganz das Gegenteil*. Hier trugen VertreterInnen von Basisbewegungen aus vier verschiedenen Kontinenten ihre Erfahrungen unter dem Aspekt „Genero y Neoliberalismo“ zusammen. Ganz automatisch durch die Zusammensetzung der Teilnehmenden, kamen ethnische Aspekte ebenso mit ins Spiel – auch als Spannung untereinander, doch die Auseinandersetzung miteinander war intensiv und fruchtbar. Dies zeigt auch: Die wichtigste Arbeit bei Peoples Global Action bleibt zunächst im Verborgenen. Es sind die Gespräche und Auseinandersetzungen, die Alltäglichkeit im gemeinsamen Engagement, die Widerstände gegen Sexismen und Rassismen in den eigenen Köpfen. Es ist das voneinander Lernen, das Austauschen von Ideen und das Ausprobieren von Alternativen, was eine neue Welt, was neue Welten ermöglichen können. So wird auch deutlich, dass PGA keine „Globalisierungsgegner“ verbindet, denn das, was hier geschieht, ist eine positive Form von Globalisierung – die verdammt viel Spaß bringt.

## Was den Sub so sexy macht...

Immer wenn es um Marginalisierte und ihre Überlebens- und Widerstandsstrategien geht, wird der Begriff ‚Authentizität‘ ins Spiel gebracht. Selbst herrschende Institutionen bemächtigen sich seiner: „Hier haben wir die authentischen Stimmen der Armen, so wie sie selber Armut sehen und verstehen“, sagte Nick Stern, Chef-Ökonom bei der Weltbank, als er deren neues Projekt „Voices of the Poor“ vorstellte. Dass er nicht erwähnte, auf wie viel Kritik dieses Projekt wegen seiner Vorgaben stieß, ist nicht verwunderlich, denn Authentizität wird immer wieder gerne erfolgreich von der Weltbank zur Verteidigung ihrer Politik eingesetzt, insbesondere zu Zeiten des Protestes auf den Straßen.

„Can the subaltern speak? – Können Marginalisierte sprechen?“ lautete die provokante Frage von Gayatri Spivak, eine der Koryphäen des Postkolonialismus, Ende der 1980er Jahre, mit Bezug auf den globalen Süden. Ihre Antwort scheint zunächst eindeutig: „The subaltern cannot speak.“ Im Kontext der (kulturellen, politischen und ökonomischen) Herstellung des Kolonialismus seien die Marginalisierten ohne Geschichte – sie seien „im Schatten“ (Spivak 1988:83). Daraus ergeben sich Fragen an eine politische Organisation wie *Peoples Global Action*, welche darauf beruht, dass sich Basisbewegungen – und damit die Menschen darin – selbst repräsentieren und artikulieren. Können sie außerhalb der Hegemonie sprechen? Bedarf es der medialen Vermarktbarkeit, um gehört zu werden? Spivak weist insbesondere auf die Situation der subalternen Frau hin – in der Kombination von kolonialem und indigenem Patriarchat seien diese „doppelt im Schatten“ (ebd. 84). Demnach ist es kein Zufall, das beispielsweise bei den Zapatistas nicht die indigene Comandante Ana-Maria Sprecherin wurde, sondern Subcomandante Marcos. Doch hat der zur Symbolfigur des Widerstands gewordene Sub als Mann, Weißer und Abkömmling der Mittelklasse eigentlich was zu sagen? Haben EuropäerInnen innerhalb solcher Vernetzungen etwas zu sagen? Vor allem aber: wie können sich subalterne Positionen darin Ausdruck verschaffen? Kann das, was sie sagen, überhaupt gehört und verstanden werden, wenn es außerhalb des hegemonial geprägten Alltagsverständes liegt?

Spivak gibt sich gar nicht erst mit den mächtigen Institutionen ab, sondern den Versuchen einer radikalen Umschreibung der hegemonialen Geschichte, jenen, die es aus einem linken Verständnis heraus versuchen, besser zu machen; sie deckt gerade hier die Fallgruben auf und weist auf die Unmöglichkeit von Authentizität hin. Sie bezieht sich dabei auf Antonio Gramscis Ausführungen über die „Subalternen Klassen“ in seiner Betrachtung des Südens Italiens (vgl. ebd. 78). Die Beziehung zwischen globalem Kapitalismus, also ökonomischer Ausbeutung, und den Allianzen zwischen Nationalstaaten benötige eine Theorie der Ideologie (vgl. ebd. 74). Eine solche könne sich nicht leisten zu übersehen, wie wesentlich die zwei Bedeutungen

von "Repräsentation" seien: Für diese Unterscheidung benutzt sie die von Marx im *18. Brumaire* gebrauchten deutschen Ausdrücke "Vertretung" und "Darstellung" – Personen zu vertreten bedeutet immer auch, diese darzustellen, das heißt, zu der Konstruktion der Identität dieser Gruppe beizutragen. Marx beschreibe 'Klasse' als deskriptives und als transformatives Konzept, welches die Überwindung als Klasse gleichzeitig in sich trage. Die kollektive Handlungsfähigkeit – "wenn es denn eine solche gäbe" fügt sie hinzu – sei Aneignung und Ersetzung zugleich von etwas, das schon von Beginn an künstlich war – wie ökonomische Existenzbedingungen, welche eine 'Klasse' formen (vgl. ebd. 72). Oder wie Identität.

Zu beachten sei insbesondere, wie sehr "Repräsentation" für die Bühne der Welt geeignet sein müsse, wie sehr es das Bedürfnis nach 'Helden', nach väterlichen Stellvertretern, mit sich bringe. Wenn Schwarze aus Kolumbien durch Europa touren, um auf die Kriegsgefahr und die fortwährenden Massaker in ihrem Land aufmerksam zu machen, dann peppt das nicht, da ihnen exotische Attribute fehlen, welche eben diese „Authentizität“ zu verleihen scheinen. Wenn Janu von den Adivasis, den Ureinwohner Indiens durch Europa fährt, trägt sie zwar ein 'authentisches' Gewand, doch kommt es nicht so rüber, denn sie spricht zwar drei Sprachen, doch keine, deren EuropäerInnen mächtig wären. Nein, es muss schon jene telegene Mischung aus Exotic und Verständlichkeit sein, um als authentisch gehört zu werden. Wie bei Marcos. Wenn Marcos mit Pferd, Pfeife und Pasamontana durch den Urwald reitet, so ist das jedoch nicht authentischer als Pierre Brice in Bad Segeberg. Dass er gehört wird, liegt wohl an dieser Mischung. Warum aber hat er was zu sagen?

Es könnte der junge noch-nicht-Marcos gewesen sein, welcher als Student verzweifelt zu Professorin Spivak kommt und sagt: „Ich bin nur ein bürgerlicher weißer Mann, ich kann nicht sprechen.“ Woraufhin sie antwortet: „Warum entwickelst du nicht ein gewisses Maß an Wut gegen die Geschichte, die für dich so ein bescheuertes Skript schrieb, in welchem du jetzt nicht mehr sprechen kannst?“ (Landry /Maclean 1996:5). Und als noch-nicht-Marcos nicht nur schweigt, sondern noch ratloser aussieht, fügt sie hinzu: „Dann wirst du beginnen nachzuforschen, was es denn ist, was dich zum Schweigen bringt; besser als in tiefen Determinismus zu verfallen, besser als: 'da meine Hautfarbe soundso ist, da mein Geschlecht soundso ist, kann ich nicht sprechen'.“

Wenn irgendwelche (durchaus auch linke) Politmacker irgendwo ihre Weißheiten lauthals verkünden, wünscht mensch sich natürlich, die würden erst einmal schweigen lernen. Und genau das hat noch-nicht-Marcos auch getan – sagt er jedenfalls. Als er und ein paar andere in den Urwald kamen, um dort nach dem revolutionären Subjekt Ausschau zu halten, trafen sie auf Menschen, die sich durch ihre traditionell-linke Phrasendreschrhetorik weder abschrecken noch beeindrucken ließen, sondern in einen Prozess der Kommunikation, der Interaktion, des Austausches traten. „Un choque“ nennt Marcos das im Nachhinein; nicht nur die Personen seien damals zusammengestoßen, nein, auch ihr Denken. Und daraus sei etwas Neues entstanden. „Der Zapatismus .. ist das Produkt des Schocks [eigentlich Zusammenstoß, F.H], den ein neuer Diskurs hervorrief.“ (zit. na. Vázquez Montalbán 2000:86).

So relativiert sich Spivak klares Nein auf ihre Ausgangsfrage, indem sie Wege aufweist, aus der Marginalisierung heraus zu kommen. Solange Subalterne einfach subaltern sind, werden sie nicht gehört, da sie keinen Platz innerhalb der Hegemonie haben: Auch mit besten Absichten sind wir immer noch geschlagen mit dem, was Stuart Hall das 'omnipotente weiße Auge' nennt: der unbenannte Ort aus der die Welt betrachtet wird – notwendigerweise durch die (weiße) Hegemonie geformt. Auch guter Wille reicht nicht, diesem vorgeprägten Verständnis zu entfliehen. Doch wenn Menschen aus verschiedenen Verortungen heraus miteinander in Kontakt treten, können diese Positionen verschoben werden. Weil Differenzen immer Hierarchien implizieren, muss es darum gehen, so Spivak, Privilegien zu verlernen (Spivak 1988:91).

Es reicht nicht, lediglich die Identität des/der Wissenden zu problematisieren, ohne den ontologischen Status des zu Wissenden zu hinterfragen – und damit die Geschichte des Diskurses, welche diesen Status hervorgebracht hat. Denn wenn aus einer bestimmten Verortung heraus (bspw. als Schwarze Frau) eine bestimmte Position abzuleiten wäre, könnten zwei Menschen mit der gleichen Verortung nicht verschiedener Ansicht sein. So führt 'Authentizität' dazu, weniger 'authentische' Positionen – z.B. Indigene, welche nicht 'traditionell' leben, oder 'nicht-weibliche' Frauen – nicht sprechen zu lassen und somit Identitäten erst zu (re-)konstruieren. Die Aussagen einer Schwarzen Frau sind nicht wahrer – trotzdem ist ihre Subjektposition wesentlich. Zwar muss mit einem bestimmten Standpunkt nicht eine bestimmte Analyse verbunden sein, aber ohne die Einbeziehung marginalisierter Gruppen entstehen neue Dominanzen statt emanzipatorischer Theorieansätze.

Da die Sichtweise der hegemonialen Gruppen die materiellen Bedingungen prägen, unter denen alle zu leben haben, kann deren Sichtweise nicht einfach als falsch angesehen werden. Wahrheit ist zu einem gro-



Ben Teil das, was wahr gemacht werden kann: Geschichte wird immer durch die Gewinner geschrieben. Tatsächlich sind die hegemonialen Kategorien und Kriterien diejenigen, welche uns am leichtesten in den Kopf kommen – dies ist, was Gramsci das 'Alltagsverständnis' nennt – und dies gilt auch für Marginalisierte selbst, auch sie werden von der Hegemonie strukturiert, denn ein völliges Außerhalb kann es nicht geben. "Thus the understanding available to the oppressed must be struggled for, and represents an achievement that requires both systematic analysis and the education that grows from political struggle to change those relations" (Hartsock 1998:406). Es kann nicht darum gehen, neue universalistische Standpunkte mit neuen Ausschließungen zu finden. Vielmehr geht es darum, Formen zu finden und zu befördern, die unterschiedliche Standpunkte auch in ihren Zusammenhängen sichtbar machen können, und so Identitätspraxen da zu kritisieren, wo sie Objektivierungspraxen sind, die den Teil zum Ganzen machen und so auf der Verwerfung anderer Standpunkte beruhen (vgl. Brensell 2000).

Subcomandante Marcos hat genau das getan: er hat seine Identität verschoben, weg von einer weißen Mittelschicht-Position. Er hat diese zwar noch – er ist kein Indigener dadurch geworden, auch wenn er in seinen Kommuniqués von 'Wir' spricht. Er ist es, und ist es nicht. Doch gerade diese nicht-existente, nicht vorgesehene Subjektposition verleiht seiner Stimme besondere Bedeutung und sie ist ein wesentlicher Grund für die Initialzündung des zapatistischen Aufstandes für die globale Widerstandsbewegung. „Here are subsistence farmers, unorganized peasant labor, the tribals and the communities of zero workers on the street or in the countryside. To confront them is not to represent (*vertreten*) them but to learn to represent (*darstellen*) ourselves“ so Spivak (1988:84). Klassische internationalistische Bewegungen verstanden sich als Sprachrohr der Unterdrückten in der Dritten Welt. Doch nicht zuletzt auf Grund der Anmaßung, Marginalisierte angemessen repräsentieren zu wollen, blieb die eigene Verstrickung in hegemoniale Denkmuster außer acht. Die vielfältigen Basisbewegungen aus Süd und Nord, die sich zum internationalen Widerstandnetzwerk Peoples Global Action zusammengeschlossen haben, wollen diesem Problem durch die Betonung von Austausch und Kommunikation entgegen. Der gemeinsame Kampf bedeutet immer beides zugleich: füreinander eintreten und sich selbst dabei neu zu leben: "My view is that radical practice should attend to this double session of representation" (Spivak 1988:74). Das Zitat einer australischen Ureinwohnerin über dem Manifest von *Peoples Global Action* drückt genau dies aus: „Wenn du nur kommst, um mir zu helfen, dann kannst du wieder nach Hause gehen. Wenn du aber meinen Kampf als Teil deines Überlebenskampfes betrachtest, dann können wir vielleicht zusammenarbeiten.“

### ...und warum Tobin nicht so attraktiv ist

Bei aller Freude, dass eine Gruppierung wie Attac so stark geworden ist: Manche Bewegungen im Süden sind entrüstet, wie sehr deren Forderungen den Blickwinkel des Nordens widerspiegeln. Zur Beschränkung der Konzernmacht ruft auch *Der Spiegel* inzwischen auf. Bereits direkt nach Seattle ließ sich Bill Clinton mit der Forderung nach einem „dritten Weg“ vernehmen. Hier findet sich oft das Missverständnis, Neoliberalismus sei lediglich aufgewärmter Liberalismus. In Wirklichkeit jedoch impliziert der Neoliberalismus Regulierung, Protektionismus und auch Keynesianismus (man denke z.B. an die Reagenomics) überall dort, wo es der Herrschafts- und Wohlstandssicherung dient. Insofern liegen Stimmen wie Norbert Trenkle und Ernst Lohoff falsch, wenn sie meinen, das Ende des Neoliberalismus verkünden zu können (Jungle World 33/01).

Die Gefahr, mit Kampagnen wie der von Attac gegen die „Riester-Rente“ lediglich Wohlstandschauvinismus zu mobilisieren, ist groß. Die Tobin-Tax wird die Persönlichkeit des Menschen nicht zur Entfaltung bringen und auch keine „andere Welt möglich“ machen. Zudem ist die Trennung von 'produktivem' und 'unproduktivem' Kapital selbst unproduktiv, da es von den grundlegenden Strukturen ablenkt. Und die Befürchtung, damit an antisemitische Gefühle anzuknüpfen, erweist sich leider als berechtigt: Neben einer Veranstaltungsankündigung von Attac in der Hamburger Uni, welches das Stereotyp des auf der Weltkugel herumtrampelnden Spekulanten abbildete, war „Juda verrecke“ geschmiert.

Nach Genua wurde von einigen Kräften innerhalb von Attac versucht, sich selber als die Saubermänner herauszuputzen, nach dem Motto: Mit den Steineschmeißern haben wir nichts zu tun! Gleichzeitig erschienen sie in den Medien als die wesentlichsten Organisatoren der Proteste: Da in Deutschland die einzige Gruppe aus der globalen Bewegung, welche über ein funktionierendes Pressebüro (mit hauptamtlichem Pressesprecher) verfügt, wurde Attac zum Medienstar. Darin liegt aber selbstredend ein Widerspruch, denn wenn nur über Attac mobilisierte Aktionen stattgefunden hätten, hätte sich die Presse nicht für die Proteste interessiert. Dass Menschen zu direkten Aktionen als ihrem Mittel greifen, liegt ja gerade auch an dieser Erfahrung von Ignoranz.

Leider kam es bei den Stellungnahmen von Menschen aus Attac zu unschönen Ausfällen. Bereits im Vorfeld veröffentlichte Peter Wahl in der taz vom 16. Juli 2001 einen Kommentar, in dem er einen Aktivist von Peoples Global Action der „Logik der Eskalation“ bezichtigte. Dafür zitierte er einen einzigen Satz aus einer Email (sic) des Betreffenden, in der dieser das Wort „Konfrontation“ benutzte. Peter Wahl interpretierte dies als Militanz im Sinne von Gewalt und verunglimpfte damit diesen Menschen für etwas, was dieser weder theoretisch vertritt noch praktisch lebt. Wenn wir so miteinander umgehen, wird es in der „anderen Welt“ auch nicht besser werden.

Dort wo nicht Einigkeit herrscht, soll nicht Kritik vermieden werden, sondern es geht darum, miteinander in Dialog zu treten. Wenn man sich mit jüngeren linken antikapitalistischen Diskussionen beschäftigt, erstaunt es, wie unberührt manche Positionen die Neuen Sozialen Bewegungen, und nicht zuletzt die feministische und postkoloniale Theorien, überstanden haben. Udo Wolter tut es ab als „Neusprech der New Economy“, wenn beim Bericht vom europäischen Treffen von Peoples Global Action einem das Lob der Vernetzung „entgegenschwallt“ (Jungle World 30/01). Es gehöre zum guten linken Ton, die grundsätzliche Ablehnung jeder Form von Herrschaft und Unterdrückung „zu propagieren“. Doch eine adäquate linke Kritik am Phänomen der Globalisierung muss eben nicht nur von einer „Totalität des kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs ausgehen“ (ebd.), sondern von einer Hegemonie, welche sich aus einer Vielzahl von miteinander verwobenen Herrschaftsverhältnissen zusammensetzt.

Sich gegenseitig mit Adjektiven wie „moraltriefend“ (Carlos Kunze, Jungle World 32/01) zu versehen, wie in der innerdeutschen Diskussion nicht unüblich, erweist sich da nicht als hilfreich; das Votum gegen das „deutsches Reinheitsgebot“ von dem Forum Genova Libera und der Berliner Gruppe falls ist dagegen nur zu unterstützen (Jungle World 34/01). Begegnungen mit den Zapatistas schulen zwar nicht in „harter Feldarbeit“ und „Technikfeindlichkeit in der Utopie“, wie Gerhard Hanloser vermutet (Jungle World 28/01), wohl aber in der Erkenntnis, dass unsere Antworten genauso wenig die Lösung für sie sein können wie umgekehrt – bloß, dass die Zapatistas nie den Anspruch formulierten. Für sie gilt der Grundsatz, dass es darauf ankommt, eine Welt zu schaffen, „in die viele Welten passen“. Christoph Spehr formuliert richtig: „Linke Politik bedeutet, andere Emanzipationskämpfe zu erkennen und anzuerkennen und sich dabei gegenseitig zu unterstützen“ (Spehr S.27f).

Ja, es geht auch anders: „Es ist diese andere Art, miteinander zu reden“, beschreibt eine Teilnehmerin am Pink-und-Silber-Block in Genua ihre Faszination an dessen Konzept (Alaska 238). „Dass miteinander geredet wird wie sonst nur in Kleingruppen, achtet auf eure Bedürfnisse, teilt mit, wie es euch geht, schätzt es ab. Das fand ich gut, auch als eine Form der gemischten Organisation, von Frauen und Männern, wie ich es von hier nicht kenne, weil es wirklich nicht so von Mackern dominiert war und die Geschlechterrollen auch immer wieder in Frage gestellt wurden, schon durch die Farbe Pink und absurde Klamotten“. *Tactical Frivolity* heißt die Strategie des Pink-und-Silber-Blockes – zum ersten Mal unter Beteiligung vieler AktivistInnen aus Peoples Global Action während der Proteste gegen IWF und Weltbank im Herbst 2000 in Prag entstanden –, welcher sich in Genua dem Motto „Dance down the G8“ verschrieben hatte: „While we dance we denounce the brutality of capitalism, patriarchy, racism and all the forms of oppression and domination, denying any legitimacy to those 8 men“ hieß es in dem Aufruf vor Ort. Es ginge darum, in die rote Zone einzudringen und wenn möglich die Konferenz zu stoppen, jedoch ohne „Gewalt gegen Polizisten“. Dies wurde präzisiert: „Among us there are people who will not respond to police violence, no matter how brutal it is, but there are also people who are not willing to take high levels of aggression without offering resistance. We respect all these options and will try to create spaces for all of them to express themselves without interfering with each other. But we clearly do NOT want heroes, machos or martyrs: we want to act in a collective and consensual manner at all times“. Mensch beachte hier die Ablehnung von Gewalt gegen Menschen (hier: Polizisten) – über jede Form von Sachbeschädigung wurde damit wie auch in den Prinzipien von PGA keinerlei Aussage getroffen. Dass heißt jedoch nicht, dass es ein Tabu sein darf, die Sinnhaftigkeit von (militanten) Aktionen zu diskutieren. Wird dies mit Entsolidarisierung gleichgesetzt, machen wir uns gegenseitig mundtot und implizieren neue Hierarchien zwischen „besseren“ und „schlechteren“ Demonstrierenden.

Eine solche sprachliche Abgrenzung zwischen Gewalt und direkter Aktion täte der gesamten Diskussion gut. Werner Rätz von attac ist deshalb zuzustimmen, wenn er sagt, ein abstraktes Bekenntnis zu Militanz oder Gewaltfreiheit übersehe die Vielzahl von real existierenden Vorstellungen, was Militanz, was Gewalt, was legitime Gegenwehr, was Gewaltfreiheit überhaupt sein sollen. Die Erklärung des Attac-Koordinationskreises nach Genua bejaht zwar einerseits „Aktionen zivilen Ungehorsams“ und „begrenzte Regelverletzungen“ – gegen welche Untaten von Seiten der Demonstrierenden in Genua aber wendet sich der Koordinationskreis dann, wenn er sich gegen die Militanz verwehrt? (iz3w 255, Sep 01) Als die Fee Venus, welche den Pink-

und-Silber-Block anführte, hinterher feststellen musste, dass der Schwarze Block selbst von Demonstrierenden zu Kriminellen gestempelt wurde, wurde sie deutlich: „That sucks.“

Auch im Kampf mit dem eigenen Alltagsverstand und dem jener, die gerade mit verprügelt werden, müssen wir nach neuen Wegen suchen. Nur so wird es eine Welt „der vielen Welten“ sein. Dies bedarf sowohl der systematischen Analyse als auch der *gemeinsamen* Erfahrung in politischer Aktion. Oder wie es in einem Vorschlag einer Deklaration von Pink- und Silber heißt: „We can only live these changes: we cannot think our way to humanity. ... All of us are crippled – some physically, some mentally, some emotionally. We must therefore strive cooperatively to create the new world.“

## Literatur

- alaska 238. Zeitschrift für Internationalismus, Oktober 2001.
- Brand, Ulrich (2000): „Die unmögliche Reform. 'IWF, Weltbank und WTO abschaffen!' bleibt eine legitime Forderung“, in: INKOTA-Brief 3/2000, S. 29/30.
- Brensell, Ariane (2000): „Jenseits der Autonomie im Hinterland des Neoliberalismus. Sechs Anmerkungen zur Polarisierung von Handlungsmöglichkeiten als strukturellem Moment einer neuen Geographie von Macht“, in: Psychologie und Gesellschaftskritik Nr. 95/96, 3-4/2000, 24. Jg., S. 35-52.
- Hartsock, Nancy C.M. (1998): „Marxist Feminist Dialectics for the 21st Century“, in: Science & Society, Bd. 62, Nr. 3, Herbst 1998, S. 400-413.
- iz3w Nr. 255, September 2001.
- Jungle World, verschiedene Ausgaben, hier insbesondere die Reihe DISKO zu den Ereignissen von Genua.
- Kurz, Robert (1992): Geschlechtsfetischismus. Anmerkungen zur Logik von Weiblichkeit und Männlichkeit, in: KRISIS 12/92, S. 117-168.
- Landry, Donna/ Gerald Maclean (1996): „Reading Spivak“, in: dies., The Spivak Reader, New York/ London, S. 1-13.
- Scholz, Roswitha (1992): Der Wert ist der Mann. Thesen zur Wertvergesellschaftung und Geschlechterverhältnis, in: KRISIS 12/92, S. 19-52.
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt/M./ NewYork.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): „Can the Subaltern Speak?“, reprint in Patrick Williams and Laura Chrisman (eds.), Colonial Discourse and Post-Colonial Theory: A Reader, New York 1994, S. 66-111.
- die tageszeitung von Montag, dem 16. Juli 2001.
- Vázquez Montalbán, Manuel (2000): Marcos – Herr der Spiegel, Berlin.

---

► Friederike Habermann ist aktiv beim peoples global action (pga) Netzwerk und im Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (ASWW) der BUKO

## Zwei Seelen in einer Brust

### Streitgespräch zwischen Attac Deutschland und dem BUKO- Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft

*Das Gespräch wurde von Christian Stock protokolliert und bearbeitet.*

*Bereits vor den Aufsehen erregenden Demonstrationen der Antiglobalisierungsbewegung in Göteborg und Genua trafen sich Mitglieder des Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte (Attac) mit VertreterInnen des BUKO-Arbeitsschwerpunkts Weltwirtschaft zu einem Streitgespräch. Anlass war der offene Brief des BUKO, in dem das Staats- und Kapitalismusverständnis von Attac kritisiert wurde (siehe <http://www.buko.info/asww/attacbrief.html>). Ausgangsfrage der hier nur in Auszügen dokumentierten Diskussion war, mit welchen Strategien soziale Bewegungen politische Veränderungen erreichen können.*

**Peter Wahl (Attac):** Attac ist ein pluralistisches Netzwerk, in dem unterschiedliche theoretische, ideologische, weltanschauliche und politische Positionen zusammen kommen. Das Spektrum reicht von Marxisten und Neomarxisten über Sozialdemokraten, von pragmatischen Linken bis hin zu linksliberal orientierten Individuen, bei denen sich im Sinne einer Teilbereichs-Bewegung politisches Engagement entzündet – nämlich entlang des vagen Gefühls, dass die Finanzmärkte Probleme produzieren. Das Präziseste, was man über die programmatische Grundlage von Attac sagen kann, ist, dass der Begriff der Globalisierung eine gewisse Rolle spielt. Aber auch dieser Begriff ist nicht theoretisch verortet, es handelt sich eher um eine spontane Kritik.

Wenn man nach einer Wertorientierung bei Attac sucht, stößt man auf Grundbegriffe wie Gerechtigkeit oder Demokratie und dabei insbesondere auf die Furcht vor einem weiteren Substanzverlust parlamentarischer Demokratie. Daran entzündet sich emotionale Empörung. Ähnlich wie die Gewerkschaften mit ihren Lohnforderungen bietet Attac also nicht mehr als einen Ansatzpunkt für politisches Engagement, das dem Selbstbewusstsein nach kapitalismuskritisch sein kann, aber nicht muss. Ähnliches gilt für den Krisenbegriff. Es wird ein pragmatischer, dem Alltagsverständnis entlehnter Krisenbegriff verwendet, wie er auch im Mainstream und in den Medien üblich ist.

Attac braucht aber auch keinen elaborierten Krisen- und Kapitalismusbegriff, ebenso wie andere sektorale Ein-Punkt-Bewegungen, die Anknüpfungspunkt für politisches Handeln sind – sei es gegen die Gentechnik, sei es gegen das Patriarchat. Es gibt bei Attac natürlich Leute, die sich mit Kapitalismuskritik beschäftigen, und selbstverständlich fließt das auch in die Arbeit ein. Inwieweit sich dies in konkreten Aktionen realisiert, resultiert aus den diskursiven Kräfteverhältnissen innerhalb von Attac. Aber darüber wird nicht diskutiert. Die Handlungsfähigkeit eines Akteurs wie Attac hängt nicht davon ab.

**Ulrich Brand (BUKO):** Warum weist ihr die Notwendigkeit eines theoretisch angeleiteten Kapitalismus- und Krisenbegriffes zurück? Oder wenigstens eines politischen Begriffes? Wenn ihr darüber streiten würdet, ginge es nicht nur um eure Handlungsfähigkeit, sondern vor allem um die Handlungsrichtung. Das ist auch in Ein-Punkt-Bewegungen notwendig und würde die Position von Attac klarer machen. Bislang ist euer Kapitalismusbegriff ein rein ökonomischer. Politik wird dabei als etwas dem Kapitalismus Äußerliches verstanden. Deswegen kommt ihr auch zu einem ganz anderen Politikverständnis als der BUKO.

**Friederike Habermann (BUKO):** Das angeführte Beispiel der »sektoralen Bewegung gegen das Patriarchat« macht deutlich, wohin das Fehlen einer umfassenden Kapitalismuskritik führt. Frauen werden zwar heute durch Frauenförderungsprogramme gefördert, aber das ändert nichts grundsätzlich an der Diskriminierung. Es wird lediglich das Alltagsverständnis bedient, dass alle gleich sind in dieser Gesellschaft. Bei den Finanzmärkten ist es genau das Gleiche. Ihr fördert das Alltagsverständnis »alles ist kontrollierbar« und könnt deshalb zu wirklichen Veränderungen gar nicht vordringen.

**PW (Attac):** Die Entwicklung eines politischen Kapitalismusbegriffs ist bei den Debatten über Globalisierung de facto im Gange. Da entsteht ein Begriff von gesellschaftlicher Totalität neu. Man kann auch von einer Renaissance des Gesellschaftlichen als systemische Kategorie sprechen. Ein Moment des Postmodernen war ja, dass man das Ganze nicht mehr denken, geschweige denn darüber reden sollte. Das ändert sich nun.

**Heiko Wegmann (BUKO):** Vielleicht braucht ihr als Attac wirklich keine explizit theoretische Verortung. Aber in die impliziten Voraussetzungen eurer Argumentation gegen die Finanzmärkte sind doch hegemoniale Muster eingeschrieben, etwa wenn ihr von »Politik für die Mehrheit« sprecht oder mit der Rede von den »bedrohten Volkswirtschaften« die nationale Wertschöpfungsgemeinschaft beschwört. Unser Interesse wäre, z.B. in öffentlichen Erklärungen auch Herrschaftskritik zu formulieren, um aus dem Dilemma der technischen Lösungsvorschläge heraus zu kommen. Bei euren Broschüren über die Notwendigkeit der Tobin-Steuer handelt es sich im übrigen nicht um spontane Empörung, sondern um alternatives Expertenwissen.

**PW (Attac):** Das Expertenwissen ist ein Reformkonzept mittlerer Reichweite, das im großen und ganzen systemimmanent ist, aber versucht, diskursiv an die Systemgrenzen heranzugehen, je nach politischer Situation und gesellschaftlichen Verhältnissen. Es formuliert das, was noch politisch vom Mainstream wahrgenommen wird und daher die Möglichkeit hat, Kräfteverhältnisse zu beeinflussen. Mit einem anderen, kritischeren oder radikaleren Vokabular, wie es etwa der BUKO hat, verliert man viel an politischer Wirksamkeit. Ich bestreite damit nicht die Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit, ja sogar große Nützlichkeit dessen, was ihr macht. Im Sinne des Begriffs vom organischen Intellektuellen ist es nötig, dass es Orte gibt, an denen kritische Theorieproduktion stattfindet – sei es im akademischen Bereich, in linken Think Tanks, in NGOs oder anderen Organisationen. Allerdings kommt es eben im Marxschen Sinne darauf an, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern sie auch zu verändern. Deshalb sehe ich auch keinen Gegensatz zwischen dem, was Attac macht, und dem, was der BUKO tut – auch wenn der BUKO das anders sieht.

**UB (BUKO):** Wie agiert der linke Flügel innerhalb von Attac, wie versucht er, bestimmte Positionen zu stärken? Denn einfach nur pluralistisch zu sein, kann es doch nicht sein.

**PW (Attac):** Der linke Flügel kann sich in einem solchen Projekt nur stärken, indem er allen anderen – in- und außerhalb von Attac – Erfahrungen ermöglicht, aus denen heraus Kapitalismuskritik entstehen kann. Ein theoretischer oder politischer Kapitalismusbegriff entsteht ja nur in gesellschaftlich relevanten Kämpfen. Dies geschieht aber nicht dadurch, dass wir bei jeder Sitzung des Koordinierungskreises den Tagesordnungspunkt »Kapitalismuskritik« aufrufen. Es nützt nichts, wenn einige Intellektuelle einen tollen Kapitalismusbegriff haben, sondern die Idee muss die Massen ergreifen, um es etwas emphatisch auszudrücken. Und deswegen kommt es darauf an, dass der linke Flügel bei Attac Auseinandersetzungen und Erfahrungen organisiert. Dazu gehört die Podiumsdiskussion, der Kongress, die Demo oder die spektakuläre Aktion.

**Moe Hiermeier (BUKO):** Welche Erfahrungen wollt ihr denn vermitteln? Ihr hattet doch schon immer einen spezifischen Kapitalismus- und Krisenbegriff, der implizit immer mitschwingt. Ohne ihn könntet ihr eine Kampagne wie Attac ja gar nicht fahren. Und ihr vermittelt in euren Publikationen ja auch Lösungen. Ihr wollt in die Zeit vor dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973/74 zurück, als es noch feste Wechselkurse usw. gab. Mein Eindruck ist, dass ihr vor allem Freiräume für die keynesianische Politik der 70er Jahre öffnen wollt, nicht für radikale Gesellschaftskritik.

**PW (Attac):** Der größte Mangel des BUKO ist ein theoretisch geschärfter Begriff von gesellschaftlicher Praxis. In der Geschichte sozialer Kämpfe hat sich gezeigt, dass sich politische Begriffe und ein politischer Alltagsverstand prozesshaft entwickeln. Man wird z.B. nicht durch theoretische Vorgaben die Auseinandersetzungen um die Gentechnik mit der um Finanzmärkte verknüpfen können. Das funktioniert nur so, dass Leute im Alltag, bei Demos oder Veranstaltungen mit diesen Themen konfrontiert werden. Weil den BUKO dieser Zusammenhang nicht kümmert, ist er politisch bedeutungslos. Ihr seid nicht in der Lage, politische Bewegung auch nur katalytisch zu befördern.

**Christian Stock (BUKO):** Es ist immer wieder interessant, wie du dich als faustische Figur präsentierst: 'Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust'. Zum Beispiel verstehe ich nicht, warum du einerseits bei manchen Gelegenheiten klassische marxistische Kategorien wie Gebrauchs- und Tauschwert hoch hältst und andererseits in der Broschüre über die Tobin Tax schreibst: »Zudem ist der mit Tobin-Steuer zu erwartende Anstieg von Auslandsinvestitionen gerade für die Entwicklungsländer von Vorteil.« Früher hatten Leute wie du für »Auslandsinvestitionen« nur Bezeichnungen wie »Neokolonialismus« übrig. Du und deine 68er-Generation, ihr habt 'diskursive Veränderungen' vorgenommen, über die man sich nur wundern kann.

Unverständlich ist mir auch die Dichotomie, die du zwischen Kritik und Praxis aufmachst. Du selber vertrittst doch die Ansicht: »Öffentlich geäußerte Gesellschaftskritik ist eine Form politischer Praxis«. Das gilt doch auch für unsere Diskussionen. Wir sitzen ja hier nicht im stillen Kämmerlein und drehen Däumchen. Wir vom BUKO haben vielleicht nicht den selben Ansprechpartner wie Attac und wir haben andere Formen. Aber das muss man doch nicht hierarchisieren und das eine für relevant erklären und das andere nicht.

**MH (BUKO):** Niemand von uns weiß genau, wie politisches Bewusstsein entsteht. Ihr von Attac tut aber so, als hättet ihr es herausgefunden, wenn z.B. davon gesprochen wird, dass Attac im Rahmen eines Etappenmodells politische Erfahrungen verschafft. So kann es funktionieren, muss es aber nicht. Diese Position hängt einem zu linearen Begriff von Fortschritt und Bewusstseinsentwicklung an. Aber es gab immer auch Phasen der Beschleunigung und des Bruchs, wo das Kontinuum der Geschichte aufgesprengt wurde, wie Walter Benjamin es formulierte. Auch die Geschichte der Linken ist voll damit, dass kleine radikale Minderheiten in ihrer theoretischen und politischen Praxis zunächst einmal völlig minoritär waren. Ihnen ging es nicht in erster Linie um die Anschlussfähigkeit an eine imaginäre Mehrheit oder Mitte. Aber in manchen Phasen konnten sie einen großen Einfluss entwickeln: ob das die Fokus-Theorie war, die Situationisten, die Flaschenposttheorie der Kritischen Theorie, aber auch radikale Republikaner wie Hannah Arendt oder Karl Jaspers: Alle haben gesagt, in der heutigen Situation können wir nur vom Rande her Politik machen und unsere Positionen vertreten.

Euer Bild von Erfolg und Erfolglosigkeit ist daher zu hinterfragen. Natürlich ist im hegemonialen Verständnis von Erfolg der BUKO erfolglos und Attac relativ erfolgreich. Weil eure Politik am Alltagsverständnis anschließt und ihr im Prinzip die intellektuelle Beigabe des Oskar-Lafontaine-Regierungsprogramms seid, kommt ihr natürlich öfter in die Presse als wir. Aber ich sehe bei Attac wegen des ständigen Schielens auf die Mehrheit derzeit kaum Ansätze, die Spielräume für eine linke Politik erweitern.

**Thomas Seibert (BUKO):** Mir gefällt nicht, dass hier zwei Aufgaben der Linken gegeneinander gestellt werden, nämlich die Notwendigkeit, theoretisch angeleitet Kritik zu formulieren und jener, an den Rändern der Gesellschaft Proteste zu organisieren. Es geht doch überhaupt nicht darum, durch die Frage nach der politischen Strategie eine Art geheimes Schulungsprogramm heraus zu kitzeln, mit dem Attac die verunsicherten Kleinbürger einseifen will. Trotzdem stellt sich die Frage, wie ihr als Linke in Attac z.B. mit der Forderung nach der Tobin-Tax umgeht. Dieses Thema langweilt euch doch selbst schon am meisten. Als Linker in Attac würde ich die Verschiebung zu Themen wie Abbau von Sozialsystemen forcieren und die Ausrichtung auf die Tobin-Tax umdrehen auf weitreichendere Fragestellungen. Potenzial gibt es ja reichlich, etwa in Form von ehemaligen Sozialdemokraten, die dem Abbau von Sozialsystemen fassungslos gegenüberstehen.

**Werner Rätz (Attac):** Der Alltagsverstand wäre doch ein ganz anderer, wenn der Lafontaine-Kurs hegemonial wäre und eben nicht der von Schröder. Es ist überhaupt nicht mein Ziel, den Regierungskurs von Lafontaine oder irgendeiner anderen linksreformistischen Strömung zu formulieren. Aber es ist doch wichtig zu beachten, welche Differenzen innerhalb der hegemonialen Diskurse bestehen und wie sie sich verschieben. Das kann man doch selbst in eurer Denkweise nicht einfach unterschlagen.

Für mich als Linker ist es interessant, dass zu Attac zwar nicht die Massen, aber doch einige Leute kommen, die sagen: Es ist klasse, dass man bei euch was tun kann gegen Dinge, die mir stinken – neue Leute, die bislang kaum oder die schon lange nicht mehr Politik gemacht haben. Die Aufgabe der Linken bei Attac ist es, dafür zu sorgen, dass die spontane Aktivitätsbereitschaft dieser Leute politisch beeinflusst wird. Es gibt ja grobe Irrtümer über die Möglichkeiten von Politik, Dinge zu verändern. Es ist ausgesprochen mühsam, aber wichtig, immer wieder gegen Vorstellungen anzukämpfen, die nicht nur reaktionär oder repressiv wären, sondern sogar schäbig. Das fängt beim Antisemitismus – der beim Thema Finanzkapital immer latent

ist – an und endet noch längst nicht bei Fragen nach dem Patriarchat. Das ist sozusagen die Feuerwehrfunktion der Linken.

Ein anderes Defizit ist, dass bei Attac die Verschuldungsproblematik der Dritten Welt nicht gerade hoch auf der Tagesordnung steht. Da hat man als Linker die Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Diskussion darüber nicht auf dem miserablen Niveau der Erlassjahrkampagne geführt wird. Dann käme man an einen Punkt, an dem es besser ist, sie nicht mehr innerhalb von Attac zu führen, sondern sie von außerhalb zu kritisieren.

Eine andere, mir noch wichtigere Aufgabe ist die Beschäftigung mit ökonomischen Themen. Eine praktisch orientierte Diskussion darüber hat doch in den letzten Jahren kaum noch stattgefunden, außer vielleicht in isolierten Gewerkschaftszusammenhängen. Ich finde es ausgesprochen wichtig, in der Linken soziale Fragen wieder zum Diskussionsgegenstand zu machen. Gerade das Rententhema haben wir als Linke bei Attac eingebracht, das wäre nicht von alleine gekommen. Natürlich ist es eine Frage der Kräfteverhältnisse, ob uns so etwas gelingt. Aber wir versuchen es.

**Sven Giegold (Attac):** Ich wundere mich darüber, dass du bei Attac die Linken als besondere Gruppe ausweist. Nach meinem Verständnis sind dort alle Aktiven Linke, wenn auch in verschiedenen Schattierungen. Zum BUKO: Bei euch kommt vor allem rüber, dass Maßnahmen wie z.B. mehr Steuergerechtigkeit nur der Stabilisierung des Systems dienen und seine Widersprüche mildern. Den Menschen in diesem System würde es durch solche Maßnahmen aber real besser gehen. Ich habe das Gefühl, als ob ihr aus dem geschlossenen Kreis der alten Reformismusdebatte immer noch nicht ausgebrochen seid. Ich für mich habe klar: Ich will hier und jetzt für reale Reformen streiten, solange die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass es den Menschen nach ihrer Umsetzung besser geht. Die Nebenwirkung der Systemstabilisierung nehme ich in Kauf, wohlwissend, dass die Vorschläge für alternative Systeme so ausgegoren nicht sind und ich nicht sicher bin, ob es sich lohnt, dafür zu einzutreten. Eure Inkaufnahme von sozialen Verelendungsprozessen teile ich nicht. Ich bin froh, dass Attac ihnen entgegen steuert.

**CS (BUKO):** Die Art und Weise, wie ihr als Linke bei Attac Bündnispolitik betreibt und eigene Anliegen hinten anstellt, erinnert mich sehr an die Zeiten der Friedensbewegung ab 1980, in der ich politisiert wurde – durchaus in der Art und Weise, wie ihr das für Attac beschreibt. Damals haben die DKP-Funktionäre ihre Interessen nach Systemüberwindung zurückgestellt und sich auf die Forderung nach der Verhinderung von Pershing-Raketen konzentriert. Die Methoden der DKP haben aber sehr schnell einen schalen Beigeschmack bekommen, weil die Gefahr der Instrumentalisierung und der Verheizung von Leuten immer latent war. Wenn die Attac-Funktionäre nun auf Nachfrage zugestehen, dass sie sich von der Tobin Tax eigentlich nichts versprechen, frage ich mich, ob ihr die Leute, die ihr politisieren wollt, nicht für dumm verkauft?

Heute kommt es doch darauf an, überhaupt erst mal die richtigen Fragen zu stellen und die richtige Kritik zu formulieren und nicht immer nur mit irgendwelchen technokratischen 'Lösungsvorschlägen' anzukommen, die dann in die Sackgasse führen – nur weil man glaubt, damit die Massen begeistern zu können. Das Schlimme ist, dass Attac wahrscheinlich wirklich etwas im politischen Feld erreichen kann. Dabei ist Attac aber nur Schmiermittel statt Sand im Getriebe des globalen Kapitalismus. Die fortschrittlicheren Fraktionen des Kapitals, z.B. durch George Soros vertreten, wissen doch mittlerweile selber, dass bei den Finanzmärkten an Entschleunigungs-Maßnahmen wie der Tobin-Steuer kein Weg mehr vorbeigeht. Vor diesem Hintergrund ist Attac nicht viel mehr als ein Stichwortgeber für die Modernisierung des globalen Kapitalismus.

**PW (Attac):** Um ein Missverständnis auszuräumen: Wir wollen nicht zurück zum Keynesianismus, das wäre sowieso nicht möglich. Vielleicht müssen wir unsere Formulierungen mal überprüfen, damit dieses Missverständnis nicht immer entsteht. Wichtig ist mir der Punkt mit den zwei Seelen in einer Brust und der noch weiter gehende und sicherlich moralisch gemeinte Vorwurf der Doppelzüngigkeit. Zum einen ist das politische Terrain sehr unübersichtlich und zerklüftet. Du kannst deshalb nicht in jedem Bereich mit den gleichen Mitteln, den gleichen Waffen arbeiten. Man kann nicht immer mit dem antikapitalistischen Mörser losziehen. Mit dem kannst du zwar den einen oder anderen auch treffen. Es ist aber notwendig – angesichts der Differenziertheit und Komplexität dieser Gesellschaft – mit unterschiedlichen Argumenten einzugreifen, die eine unterschiedliche Reichweite haben. Dabei handelt es sich nicht um Doppelzüngigkeit oder Doppelmoral. Es geht um sich ergänzende Instrumente, die auf verschiedene Zielgruppen oder Problemlagen gerichtet sind. Dabei kann ich mich im einzelnen natürlich mal vergreifen, aber vom Prinzip der differenzierten Bear-

beitung des politischen Feldes will ich nicht abrücken. Ich will die zwei Seelen in meiner Brust nicht ersetzen durch die Sehnsucht nach Homogenität oder Eindeutigkeit und damit Eindimensionalität.

**SG (Attac):** In den theoretischen Analysen unterscheiden sich Attac und BUKO gar nicht so sehr. Die Unterschiede werden erst dann massiv, wenn es darum geht, wie viel an Schärfe von Kritik man zu Gunsten von Kampagnenfähigkeit bereit ist aufzugeben. Es gibt auf internationalen Attac-Konferenzen zumindest einen unerschwelligen Konsens darüber, scharfe Kritik zurückzustellen zugunsten der Durchsetzung von konkreten Forderungen. Wenn ihr nun Attac vorwerft, es würden nur Phrasen verbreitet, halte ich dem entgegen, dass sie eingängig sind, dass sie von vielen verstanden werden. Das ist eine der großen Stärken von Attac.

**UB (BUKO):** Auch eine radikale Forderung wie »kill the WTO« ist sehr eingängig. Die Frage nach der Kampagnenfähigkeit ist daher eine nach ihrer Anschlussfähigkeit an staatliche Politik. Und da orientiert sich Attac klar an der Vorstellung, der Staat könne das Gemeinwohl aller gewährleisten.

---

- **Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft**

Der 1977 in München gegründete Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist ein Zusammenschluss von ca. 150 Dritte-Welt-Gruppen und internationalistischen Basisinitiativen. Sein Anliegen ist es, die Gruppen der Solidaritätsbewegung zu vernetzen und damit ihre politische Durchsetzungskraft zu erhöhen. Im Unterschied zu den entwicklungspolitischen Lobby-NGOs und Verbänden sind für den BUKO die sozialen Bewegungen der zentrale politische Bezugspunkt. So auch beim 24. BUKO-Kongress vom 12. bis 24. Okt. 2001 in München, bei dem unter dem Titel »Sternenklare Zukunft – jenseits von Nationalstaat und Europäischer Union« die (Entwicklungs-)Politik der EU sowie die Folgen von ‚Genua‘ thematisiert werden sollen ([www.buko24.de](http://www.buko24.de)).

Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (ASWW) befasst sich aus herrschaftskritischer Perspektive mit der neoliberalen Globalisierung. Dabei geht es nicht vorrangig um die Durchführung politischer Kampagnen, sondern um die (Re-)Formulierung radikaler Gesellschaftskritik. Bei Themen wie internationale Finanzmärkte, transnationale Konzerne, Global Governance oder Nachhaltigkeit will der ASWW einen Beitrag zur Klärung der gegenwärtigen Verhältnisse und der Möglichkeiten internationalistischer Politik leisten. Mit der Broschüre *kölngehen. Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus* (1999), der Ausrichtung mehrerer AGs auf den jährlichen BUKO-Kongressen und vielen anderen Aktivitäten mischte sich der ASWW in die globalisierungskritische Diskussion ein. Das Spektrum der derzeit aktiven Mitglieder reicht von der Chiapas- und Lateinamerika-Solidarität bis zu Peoples' Global Action, vom iz3w über Uni-Internationalismusreferate bis hin zu medico international.

- **Attac Deutschland – Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte**

Das Aktionsbündnis Attac (der Name geht auf die französische Abkürzung für »Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen« zurück) ist aktiver Teil der internationalen globalisierungskritischen Bewegung. Ausgehend von Frankreich haben sich inzwischen in 30

Ländern Menschen und Organisationen aus der Umwelt- und Eine-Welt-Bewegung, kirchliche Kräfte und Gewerkschaften zu Attac zusammengeschlossen. In Frankreich hat Attac bereits über 30.000 Mitglieder. Auch in der Bundesrepublik wächst die Bewegung: 700 Einzelpersonen, 20 Regionalgruppen sowie weitere lokale Gruppen und bundesweite Organisationen arbeiten bei Attac Deutschland zusammen. Ziel ist die Bildung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses als »Gegenmacht zu den entfesselten Kräften der Märkte«.

Zentrale Forderung von Attac ist die Regulierung der internationalen Finanzmärkte, unter anderem durch die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (Tobin-Steuer), die stärkere Besteuerung von Kapital und durch die Unterbindung von Steuerflucht. Attac lehnt die von der Bundesregierung vorangetriebene Privatisierung und Kapitalmarktdeckung der sozialen Sicherung (Rente, Gesundheit) ab. Unter dem Motto »Eine andere Welt ist möglich« will Attac der neoliberalen Globalisierung »internationale Solidarität von unten« entgegensetzen.



Die Aktionsformen von Attac sind vielfältig: Sie reichen von Informationsveranstaltungen und -publikationen, Podiumsdiskussionen über Straßentheater vor Banken bis hin zur Teilnahme an (Groß)Demonstrationen. Vom 19. bis zum 21. Oktober veranstaltet Attac Deutschland in Berlin einen großen internationalen Kongress ([www.attac-netzwerk.de](http://www.attac-netzwerk.de)).

---

**Text entnommen aus:**

- iz3w - Sonderheft 2001: Gegenverkehr - Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus, Freiburg, S. 63-66  
<http://www.iz3w.org/iz3w/index.html>